Mittwoch, 25. April 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 150 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 194

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Frankreich für eine provisorische Lösung?

Der schweigsame Poincaré.

Beunruhigung über die „Geheimdiplomatie" in der linksgerichteten Presse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 25. April.

Ein unerwürdiges Schweigen herrscht über die Absichten der Regierung in der Reparationsfrage. Die Meldungen über die Vorbereitungen des französisch-belgischen Planes sind verstummt; über Lord Curzon hat man sich beruhigt, nachdem von London aus offiziös versichert wurde, die englische Regierung wünsche nicht zu vermitteln und wolle nur Deutschland dazu veranlassen, direkte Vorschläge zu machen. Die Haltung Deutschlands wird jetzt nach einigen Schwankungen ziemlich einheitlich so gedeutet, daß die Reichsregierung den Boden für einen bestimmten Vorschlag sondiere, der in den nächsten Wochen in irgend einer Form an die Gesamtheit der Verbündeten gerichtet werden soll. „Diesmal nähern wir uns den Tatsachen" sagt Hervé in seiner „Victoire", und sein bewegter Geist sieht bereits den Tag nahen, an dem seit 1870 der erste „wahre" Friede in Frankreich unterzeichnet werde. Es fehlt nicht an Kombinationen über die Tragweite der bereits mit voller Sicherheit in die Rechnung gestellten deutschen Angebote. Es fehlt auch nicht an Andeutungen, daß über den von den Vertretern der internationalen Sozialdemokratie ausgearbeiteten Plan sich vielleicht reden ließe. Aber gänzlich fehlt seit zwei Tagen irgend ein Hinweis auf die Art, wie sich die französische Regierung die Liquidation der Ruhraktion und die Regelung des Ruhrkonflikts mit Deutschland denkt. Auf diese Fragen wird mit Zitaten aus den Reden Poincarés geantwortet; auch Politiker, die sonst über die Anschauung und Stimmung Bescheid wissen, können jetzt nichts anderes sagen, als daß es vorläufig am besten sei, nichts zu sagen. Was bedeutet diese ungewöhnliche Diskretion? Camille Lemercier gibt in der Zeitung „L'Oeuvre" darüber einige Andeutungen, für die er selbst ein Dementi wünscht. Da er entschieden ausdrückt, was sonst nur mit vielen Verwahrungen als unbestimmtes Gerücht geflüstert wird, muß einiges aus seinem Artikel erwähnt werden. Lemercier fragt, ob es wahr sei, daß an eine provisorische Regelung des Reparationsproblem gedacht werde, wie das früher schon einige Male geschehen sei und niemals zum Vorteile der internationalen Beziehungen. Man habe versprochen durch die Besetzung des Ruhrgebiets mit der Reparationsfrage ein Ende zu machen. Aber man scheine jetzt die Absicht zu haben, Deutschland einige provisorische Maßregeln auferlegen zu wollen und mit der endgültigen Regelung noch fünf Jahre zu warten. Lemercier schreibt: „Erst wurde geschrieben und geredet, daß die Sicherheit unserer Grenzen das Wichtigste sei; jetzt wird gesagt, die Sicherheit Frankreichs habe noch lange Zeit. Wir brauchten nach neuen Garantien erst dann zu suchen, wenn wir das linke Rheinufer räumen müssen — in fünfzehn, zwanzig und Gott weiß wieviel Jahren .... Das sind vorläufig nur Gerüchte. Aber solche Gerüchte sind das einzige, was aus den geheimnisvollen Beratungen der französischen Sachverständigen in die Oeffentlichkeit dringt, und sie sind sehr gefährlich. Wenn wir nicht aufpassen, können unsere Nationalisten uns plötzlich vor die vollendeten Tatsachen stellen. Das Volk Frankreichs ist für den Frieden; es wäre sehr verwundert, wenn man ihm jetzt, 4½ Jahre nach dem Kriege, erklären würde, für den Abschluß des richtigen Friedens sei noch nicht alles fertig. Die Amerikaner und Engländer müßten erst noch ihre guten Absichten zur Verrechnung der alliierten Schulden zeigen. In fünf Jahren würde es wahrscheinlich soweit sein. Inzwischen würde ein provisorischer Zahlungsplan vorbereitet."

Lemercier hofft, daß Gerüchte dieser Art durch eine offizielle Erklärung aus der Welt geschafft werden. Nicht in fünf oder in drei Jahren müsse eine Lösung gefunden werden, sondern jetzt, so rasch wie möglich, wenn die Welt aus dem Krankheitszustand, in dem sie sich seit dem Waffenstillstand befinde, zur Gesundung gelangen solle. Deutschland werde wissen, was es zu zahlen habe, wenn das Ruhrgebiet geräumt werden soll. Wenn die Amerikaner und Engländer auf ihre Forderungen ganz oder zum Teil verzichten müßten, sei es notwendig, ihnen den Plan für eine Gesamtregelung vorzulegen, der ihren Interessen entspreche. Es sei ein Irrtum, das Problem nur durch den Willen Frankreichs lösen zu wollen. Eine Frage, die alle internationalen Entwicklungen einschließe, könne nur in einer internationalen finanziellen Operation großen Stils ihre Erledigung finden.

Es ist leider nicht zu hoffen, daß Poincaré auf diesen Artikel eine Antwort gibt. Niemals und in keinem monarchistisch regierten Staate hat die geheime Diplomatie soviel Bedeutung gehabt, wie heute in Frankreich. Täglich erscheinen in den linksgerichteten Pariser Zeitungen Artikel, die eine deutsche Erklärung Poincarés statt der unbestimmten nationalistischen Phrasen verlangen. „Das Volk Frankreichs darf verlangen, über seine eigenen Angelegenheiten aufgeklärt zu werden," schreibt Emilie Cahn heute in der „Ere Nouvelle": „Jeder ernsthafte Politiker verurteilt die unklaren Definationen von „Reparationen und Sicherheit", die in jeder Rede Poincarés wiederkehren und je nachdem viel oder wenig bedeuten können." An anderer Stelle heißt es: „Poincaré irrt, wenn er glaubt, daß er Frankreich durch sein Schweigen beruhigen kann" — schreibt heute ein radikales Blatt: „Frankreich ist nicht glücklich".

Parlamentarische Kämpfe.

Staatsautorität und Selbstschutz.

Von

Dr. Ernst Feder.

In einem von der demokratischen Wochenschrift „Die Hilfe" veröffentlichten Beitrag erklärt der Außenminister v. Rosenberg, daß Deutschland ein innenpolitisches Moratorium not tut. Die letzten Tage im Reichstag und preußischem Landtag waren von heftigen innenpolitischen Kämpfen erfüllt. Dort stand die Ergänzung, hier die Durchführung der Gesetzgebung zum Schutz der Republik in Frage, die nach der in ihren Folgen noch nicht übersehbaren Ermordung Rathenaus von den Parteien der großen Koalition im Wege des Kompromisses angenommen worden ist. Der Landtag hat gestern mit allen Stimmen gegen die der wieder einmal vereinigten Deutschnationalen und Kommunisten das Gehalt des Ministers Severing bewilligt. Er hat damit dem Innenminister indirekt sein Vertrauen ausgesprochen während das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen erst nach der Tagungspause zur Abstimmung kommen wird. Das Schicksal ihres Antrages ist nicht zweifelhaft. Ihre Isolierung ist vollendet, nachdem die provozierende und politisch verantwortungslose Rede des deutschnationalen Abgeordneten Schlange, die auch der Volksparteiler Kardorff mit aller Schärfe zurückgewiesen hat, von der Fraktion nach Form und Inhalt gedeckt worden ist. Die große Koalition in Preußen, die die Deutschnationalen meinten, während sie nach dem Minister Severing schlugen, bleibt erfreulicherweise intakt. Bedauerlich ist, daß sie in der Frage der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die im Mittelpunkt der Etatsberatung stand, zu einer einmütigen Stellung nicht gelangt ist. Die Rechtsfrage wurde aus der Debatte verständigerweise ausgeschaltet. Ueber sie entscheidet morgen der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik. In der politischen Beurteilung trennt sich die Deutsche Volkspartei von den übrigen Koalitionsparteien.

Sie hält das Verbot nicht für gerechtfertigt, trotz des schwerwiegenden Beweismaterials, das Minister Severing, teils öffentlich, teils in vertraulichen Besprechungen, bekanntgegeben hat, trotz der einmütigen Zustimmung der volksparteilichen Minister, trotz der schreckenden Spuren Bayerns. Der Abgeordnete v. Kardorff, der seine Meinung kürzlich auch in München deutlich gesagt hat, nannte im Landtag die Behauptung, daß Bayern eine Ordnungszelle sei, den größten Schwindel der Welt und betonte, daß dort ein frivoles Spiel mit der Einheit des Reiches getrieben wird. Er wies auf die Schwäche der bayerischen Regierung hin, die gestern auch von dem demokratischen Redner im bayerischen Landtag als die schwächste seit dem Umsturz bezeichnet worden ist. Um so notwendiger war es, daß gegen die nordische Filiale der Nationalsozialisten, die Deutschvölkische Freiheitspartei, das Gesetz in Anwendung gebracht wurde, und diese entschiedene Wahrung der Staatsautorität sollte von allen Koalitionsparteien anerkannt werden. Minister Severing hat auch der Fabel ein Ende gemacht, als stehe er im Widerspruch zur Reichsregierung. Er hat, wie er feststellte, alle Fragen der Auflösung mit dem Reichsminister Oeser besprochen und seine vollkommene Zustimmung erlangt. Interessant war seine Mitteilung, daß die von ihm beantragte gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts nicht stattgefunden hat. Inzwischen dürfte auch die Reichsregierung zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß der preußische Innenminister durch seine Aktion ein innen- und außenpolitisches Verdienst sich erworben hat.

Im Reichstag ging die Opposition, die sich zur Obstruktion steigerte, von der Sozialdemokratie aus. Demokraten, Zentrum, Bayerische und Deutsche Volkspartei hatten einen Antrag eingebracht, der die gewaltsame Verhinderung oder Sprengung von Versammlungen mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu einer Million Mark bestrafen will. Eine solche Bestimmung sollte schon in das Schutzgesetz aufgenommen werden, wurde aber damals wegen des Widerspruchs der Sozialdemokratie an einen besonderen Ausschuß verwiesen. Kein verständiger Mensch, gleichgültig welcher Partei er angehört, kann sachlich gegen eine solche Ergänzung des Strafrechts etwas einwenden. Gewiß geben auch schon die geltenden Paragraphen über Hausfriedensbruch, Nötigung, Körperverletzung und Bedrohung einen gewissen Schutz. Aber die sich häufenden Fälle gewaltsamer Sprengung von Versammlungen, nötigen sie von links oder von rechts ausgehen, haben einen erhöhten Schutz der Versammlungsfreiheit notwendig gemacht. Die Sozialdemokratie bekennt sich selbstverständlich auch als Freundin der Versammlungsfreiheit. Aber sie behauptet das Gesetz, weil es nach ihrer Meinung bei dem gegenwärtigen Stand der Rechtspflege, ganz besonders in Bayern, einseitig gegen links angewendet werden würde. Deshalb hat sie am Sonnabend die Beschlußfähigkeit des sehr schwach besuchten Hauses angezweifelt, deshalb hat sie gestern durch Verlassen des Saales die Beschlußunfähigkeit des Reichstags herbeigeführt. Ihre Taktik hatte Erfolg, weil von 269 nichtsozialistischen Abgeordneten bedauerlicherweise 73 fehlten. Es es gelingen wird, zur heutigen Sitzung, die um zwei Uhr beginnt, die notwendige Verstärkung heranzuholen, ist zweifelhaft. Wenn die Sozialdemokratie ihre Obstruktion nicht aufgibt, so wird mit dem Zustandekommen des Gesetzes auch heute kaum zu rechnen sein.

Es ist nicht zu leugnen, daß der in der Sache unbegründete Widerspruch der Sozialdemokratie durch die Vorgänge in Bayern und durch eine Reihe von Urteilen in politischen Strafsachen (man denke an die kürzlich von uns besprochene Entscheidung im Fall Lenard) eine starke Unterstützung erfährt. Der sozialdemokratische Redner Vogel, selbst ein Bayer, wies darauf hin, daß

Wer sind die großen Devisenkäufer?

Untersuchung der Vorgänge am Devisenmarkt!

Von

Dr. Felix Pinner.

Die Regierung bereitet eine Devisenbestandsaufnahme und sonstige Maßnahmen vor, durch die der Umfang des deutschen Devisenbesitzes festgestellt, die Beleihung von Devisen durch Einführung eines Genehmigungszwanges erschwert und auch sonst die illegitime Inanspruchnahme des Devisenmarktes beschränkt werden soll. Diese Maßnahmen sollen vor allem in die Zukunft wirken. Ob und inwieweit sie dazu in der Lage sein werden, hängt insbesondere davon ab, ob das Kräfteverhältnis zwischen der auf eine Marktstützung bedachten Regierung und den umgekehrt auf Markentwertung gerichteten Interessen gewisser industrieller Kreise sich derart gestalten wird, daß die Regierungspolitik sich durchsetzen kann. Gerade aber, weil dieses Kräfteverhältnis eine so große, eine so entscheidende Rolle spielt, darf die Regierung sich nicht darauf beschränken, Maßnahmen zu treffen, die in die Zukunft reichen sollen, sondern sie muß auch die Vergangenheit, und zwar hauptsächlich die jüngste Vergangenheit, aufrollen, um festzustellen, welche industriellen Kreise, Firmen oder Persönlichkeiten es gewesen sind, auf deren Devisenkäufe die letzte Steigerung zurückzuführen war, ob es sich dabei um legitimierte Kreise und um wirklich legitimen, im Wirtschaftssinne notwendigen Devisenbedarf handelte. Es ist in der Oeffentlichkeit verschiedentlich behauptet worden, daß gewisse Kreise der Industrie absichtlich auf eine Erhöhung der Devisenkurse hingewirkt haben. Schon mehrere Wochen vor der Sprengung der Stützungsaktion war es in informierten Kreisen Tagesgespräch, daß gewisse Kreise einen Druck auf Regierung und Reichsbank ausgeübt haben sollen, den Dollarkurs auf 25 000 Mark, oder sogar auf 30 000 Mark hinaufzusetzen, um die Exportfähigkeit der Industrie zu erhöhen. Es ist behauptet worden, daß diese Kreise zur Selbsthilfe übergegangen seien, nachdem die Reichsbank sich ihren Wünschen nicht gefügig gezeigt habe.

Der „Reichsverband der deutschen Industrie" hat erklärt, daß er entsprechende Anträge bei der Regierung und der Reichsbank nicht gestellt habe. Das ist sicher zutreffend, aber es schließt noch nicht aus, daß einzelne Industrielle und Industriegruppen in dieser Richtung tätig gewesen sind. Die große Verbitterung, in der sowohl der Reichskanzler Cuno wie auch der Reichsbankpräsident Havenstein sich in ihren letzten offiziellen oder vertraulichen Kundgebungen über das Vorgehen industrieller Kreise ausgesprochen haben, läßt darauf schließen, daß es sich bei alledem nicht um ein bloßes Gerede handelt, sondern um ganz konkretes Material, das sich in der Hand dieser Männer befindet. Der Reichsbankpräsident sprach davon, daß ernste Kreise unserer Wirtschaft, wenn auch nicht absichtlich, so doch tatsächlich der großen gemeinsamen Kampffront in den Rücken gefallen seien. Der Reichskanzler brauchte vor den Berliner Bankiers die Wendung, er habe früher geglaubt, die deutsche Industrie in seinem Kampfe hinter sich zu haben, aber der Ausfall der Dollaranleihe und andere Vorgänge hätten ihn eines anderen belehrt. Auch uns ist gravierendes Material zugegangen, das wir im einzelnen allerdings nicht nachzuprüfen in der Lage sind. Wir können infolgedessen nicht oder noch nicht mit Sicherheit feststellen, ob sich tatsächlich in den kritischen Tagen „Pools zur Hebung des Dollarkurses" gebildet haben, wie uns von durchaus ernstzunehmender Seite versichert wurde. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß in der Oeffentlichkeit verschiedentlich Behauptungen aufgestellt worden sind, nach denen u. a. eine große Zentralstelle des Stinnes-Konzerns in den entscheidenden Tagen sehr starke Devisenkäufe vorgenommen oder vorzunehmen versucht habe.

Gerade weil sich hier vielleicht Wahres mit Falschem vermischt, ist eine genaue Nachprüfung der Vorgänge unerläßlich. Dazu fehlt es keineswegs an geeigneten Handhaben. Die Devisenverordnung vom 12. Oktober 1922 hat die Devisenkäufe der nicht mit Devisenhandelsbescheinigung versehenen Personen unter Vorkontrolle gestellt. Aber auch für die Devisengeschäfte derjenigen Personen oder Firmen, deren Gewerbebetrieb regelmäßig Zahlungen nach dem Auslande mit sich bringt, und die, soweit sie Devisenhandelsbescheinigung besitzen, für Devisenkäufe keiner vorherigen Genehmigung bedürfen, sind verpflichtet, ebenso wie die den Kauf vermittelnden Banken nachträglich Belege über ihre getätigten Abschlüsse an dazu eingesetzte Behörden einzureichn. Eine Nachprüfung dieser Belege wird unschwer ergeben, von welchen Seiten in den Wochen vor der Marksprengung die Hauptkäufe ausgegangen sind. Es wird sich alsdann feststellen lassen, ob diese Kreise zur Erfüllung dringender wirtschaftlicher Zwecke in dem festgestellten Umfange Devisen kaufen mußten, wobei auch bei Nachweis legitimer Bedürfnisse weiterhin die Frage zu prüfen sein wird, ob die vorhandenen Bestände nicht genügend groß waren, um in der jetzigen kritischen Zeit zur Durchführung der geschäftlichen Transaktionen herangezogen werden zu können. Nicht also die einzelnen Geschäfte sind isoliert zu untersuchen, sondern die ganze Devisenlage der Hauptkäufer. Mit Recht hat Präsident Havenstein hervorgehoben, daß die jetzige Lage weder Vorratskäufe noch die Konservierung alter übermäßiger Devisenbestände zuläßt. Diese Untersuchung muß sofort vorgenommen werden, und ihre Resultate müssen schonungslos offengelegt werden. Erweist es sich als richtig, daß von irgendwelchen Seiten ein Dolchstoß gegen die Abwehrfront an der Ruhr geführt worden ist, so müssen diejenigen Kreise bloßgestellt werden, die ihn geführt haben — zur Verhinderung von Verdunkelungen und zur Abschreckung für die Zukunft.

die bayerische Landespolizei den Nationalsozialisten Gummiknüppel liefert und daß zahlreiche Angehörige der bayerischen Landespolizei Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmtrupps sind. Der bayerische Gesandte v. Preger war in der Abwehr dieser Angriffe wenig glücklich. Er stellte die kühne Behauptung auf, die bayerische Regierung habe bei der Verhängung des Ausnahmezustandes bewiesen, daß sie energisch einzugreifen imstande ist —, während doch die Schwäche der bayerischen Regierung gerade darauf beruht, daß sie den gegen die Nationalsozialisten verhängten Ausnahmezustand nicht durchzuführen gewagt hat, eine Halbheit, die, wie wir zu wissen glauben, auch von einigen Mitgliedern der jetzigen bayerischen Regierung sehr schmerzlich empfunden worden ist. Der Reichsjustizminister Heinze hatte die Frage des zweiten sozialdemokratischen Redners zu beantworten, aus welchem Grunde er die Anregung „weiter bayerischer Kreise", die notwendigen Vernehmungen in Bayern nicht durch den die Untersuchung führenden Reichsgerichtsrat, sondern durch bayerische Richter vornehmen zu lassen, an den Untersuchungsrichter beim Reichsgericht weitergegeben hat. Der Minister erklärt, was geschehen ist, sei „absolut korrekt". Daran zweifeln wir so wenig wie an der unbedingten Loyalität des Ministers. Trotzdem halten wir sein Vorgehen für einen politisch höchst bedenklichen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Wohin soll es führen, wenn etwa dem bayerischen Beispiel folgend, die sächsische oder die thüringische Regierung in einer Untersuchung gegen Kommunisten Vernehmungen durch Mitglieder des Reichsgerichts ablehnen wollte? Der Minister hätte im Anfang widerstehen und die Anregung der bayerischen Regierung ablehnen müssen. Den „vaterländischen Verbänden", die jenes erreicht haben, ist beim Essen der Appetit gekommen. Jetzt stellen sie, was unseres Wissens beispiellos ist, an die bayerische Regierung öffentlich die Zumutung, sich der Durchführung richterlicher Haftbefehle zu widersetzen. Minister Heinze hat gestern erklärt, daß die bayerische Regierung die Vollstreckung der Haftbefehle zugesagt hat. Immerhin darf darauf hingewiesen werden, daß morgen vierzehn Tage verstrichen sind, seit der Haftbeschluß ergangen ist.

Mit bemerkenswerter Schärfe wandte sich gestern auch der Sprecher der Bayerischen Volkspartei, der Bamberger Domkapitular Dr. Leicht gegen die nationalsozialistische Bewegung, die zur Revolution treibe. Er gab zu, man hätte früher mit größerer Entschiedenheit vorgehen sollen. Auch in der heutigen bayerischen Landtagssitzung hat der bayerische Innenminister Dr. Schweyer scharfe Vorwürfe gegen die nationalsozialistische Bewegung erhoben, in der nur politischer Dilettantismus eine Bewegung zur Rettung des Vaterlandes erblicken könne: die Nationalsozialisten seien auf der Straße gewalttätig aufgetreten, ihre Sturmtrupps übten den Versammlungsschutz mit großer Roheit aus, eine große Anzahl ihrer Mitglieder ist wiederholt mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten. Die Polizei habe strengen Befehl, gegen alle Unregelmäßigkeiten unnachsichtlich vorzugehen. Ist es der bayerischen Regierung ernst mit dieser Erklärung und hat sie noch die Kraft, sie zu verwirklichen, dann würde der Ausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen, wie sie, den abweichenden Mehrheitsverhältnissen entsprechend, gestern und heute im Reiche, in Preußen und in Bayern aufgetreten sind, nicht schwer sein. Das gemeinsame Ziel wäre die unbedingte Wahrung der Staatsautorität gegen alle Angriffe und Uebergriffe von links und rechts, die Unterdrückung des Selbstschutzes und der Selbstschutzorganisationen. Sie ist die innenpolitische Voraussetzung für jede erfolgreiche Führung der außenpolitischen Geschäfte. Haben die heftigen Debatten uns diesem Ziel etwas nähergeführt, dann wäre der Bruch des innenpolitischen Moratoriums nicht zu bedauern.

---

* Aus Paris telegraphiert unser Korrespondent: Der Senator **Alexander Bérard**, Vizepräsident des Senats, der wie gemeldet, gestern nachmittag vor der Tür des Restaurants Lucas vom Schlage getroffen wurde, ist einige Stunden darauf gestorben. Bérard, der 64 Jahre alt geworden ist, war seit 1893 Mitglied der Kammer, seit 1908 Senator. Er gehörte zu der Partei der demokratischen Linken und war nach dem Rücktritt Léon Bourgeois von seinen Freunden als Kandidat für den Präsidentensitz im Senat aufgestellt.

Die Stimmung der französischen Wirtschaftskreise.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 25. April.

Die Stimmung in den Kreisen der Finanz und der Industrie wird in der Zeitung „Cablogramm" durch folgende Worte bezeichnet: „Poincaré hat das Ruhrgebiet besetzen lassen und will sein Pfand nicht aufgeben, obgleich er wünscht, auf anständige Art aus dieser Unternehmung herauszukommen. Auch in Berlin und allen anderen Hauptstädten wird eine Generalabrechnung gewünscht; aber jeder, der an dieser Frage interessiert ist, will sich für den Beginn der Verhandlungen eine möglichst gute Position sichern. Werden die Diplomaten die Formel finden, welche die verschiedenen Interessen vereinigen? Es ist offenbar, daß sie überall fieberhafte Anstrengungen machen. Wenn diese Formel gefunden ist, dann könnte es sein, daß die Leiter der Regierungen in Berlin, in London und sogar in Paris das weitere ihren Nachfolgern übertragen, zufrieden, daß sie die Krise gelöst haben, ohne ihr Land zu schädigen oder zu kompromittieren. So macht man in der Politik einen guten Abgang." Diese Beurteilung der zuweilen gut informierten Börsenzeitung ist sofort als eine Hypothese zu erkennen; aber sie beweist die unruhige Erwartung, mit der in Paris die Entwicklung beobachtet werden.

Rom, 24. April.

„Nuovo Paese" weist auf die diplomatische Klugheit Curzons hin, der beiden Völkern, Frankreich wie Deutschland, das Zeugnis der Achtung ausstelle. Man brauche sich deshalb nicht zu wundern, wenn Deutschland der Rede Curzons eine gute Aufnahme erwies. „Mondo" schreibt zu Curzons Initiative: Indem England sein Spiel aufdecke, mache es die geheimen Manöver der anderen unmöglich. Mit dem Eingreifen Englands werde der große Rat der Entente wiederhergestellt, worin Deutschland seinerseits die Bürgschaft für die genaue Ausführung der Räumung des Ruhrbeckens finden werde. Interessant sind die Eingeständnisse des Pariser Vertreters des „Messaggero", der den Ruf genießt, französischer zu sein als die Franzosen. Das schlimme sei, daß niemand in Paris wisse, wie das Ruhrunternehmen ausgehen werde. Alle Welt sei angsterfüllt.

Die Besprechungen des Reichskabinetts.

Um die Antwort auf die Rede Curzons.

Die Besprechungen der Reichsregierung, insbesondere über die Form, in der die deutsche Antwort auf die Rede Lord Curzons erfolgen soll, dauerten auch heute den ganzen Vormittag über an. Wenn in einer Reuter-Meldung gesagt wird, es errege in England Erstaunen, daß man in Deutschland anscheinend die Neigung gehabt habe, ein Angebot an England allein zur Weitergabe an Frankreich zu machen, so sei demgegenüber erneut festgestellt, daß weder in hiesigen amtlichen noch in parlamentarischen Kreisen jemals eine derartige Auffassung bestanden hat. Man war vielmehr stets der Ansicht, daß ein solcher Vorschlag nicht an eine einzelne Regierung der Alliierten allein zu richten sei.

Herr v. Mutius Gesandter in Kopenhagen.

Der Gesandte z. D. v. Mutius, bisher Leiter der Abteilung 2 (Westeuropa) des Auswärtigen Amtes, ist zum Gesandten in Kopenhagen ernannt worden.

*

Der Gesandtenposten in Kopenhagen war unbesetzt, seit Herr v. Rosenberg aus der dänischen Hauptstadt nach Berlin übergesiedelt war, um hier die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Herr v. Mutius, der nun zum Gesandten in Kopenhagen ernannt worden ist, hat abwechselnd in verschiedenen Ländern und in der Berliner Zentralstelle die Probleme der internationalen Politik studieren können. Er begann seine diplomatische Laufbahn bei den Botschaften in Paris und Petersburg, wurde dann nach Berlin berufen, ging dann nach Peking, war nacheinander als Botschaftsrat in Paris, in Konstantinopel und, kurz vor dem Kriege, in Petersburg tätig. Während des Krieges wurde er dem Generalgouvernement in Warschau beigegeben, stand auch einige Zeit lang als Führer einer Kompagnie an der Westfront und übernahm 1918 die Gesandtschaft in Kristiania. Dann, nach dem Friedensschluß, nahm Herr v. Mutius an den wirtschaftlichen Verhandlungen in Paris teil, wo er Vorsitzender der deutschen Delegation war, und seit zwei Jahren ist er einer der Direktoren im Auswärtigen Amte. Seine Gattin entstammt der Familie v. Bethmann.

Paschitschs Bemühungen um ein Koalitionskabinett gescheitert.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 25. April.

Die Verhandlungen zwischen dem Führer der Radikalen Paschitsch und dem Demokraten Davidowitsch zur Bildung eines Koalitionskabinetts blieben erfolglos. Die Demokraten sind bereit, nur in ein Arbeitswahlkabinett einzutreten, das nach der parlamentarischen Verabschiedung der nötigsten Gesetze, spätestens im Frühherbst, Neuwahlen durchführen müßte. Die Radikalen wollen jedoch ein Arbeitskabinett von längerer Dauer, wenn möglich für die ganze Parlamentsperiode, um alle wichtigen, schon bereitstehenden Gesetze, darunter auch die Steuergesetze zu erledigen. Da zwischen den Verhandelnden aber keine Verständigung zu erzielen war, gab Paschitsch gestern abend dem König sein Mandat für die Bildung eines Koalitionskabinetts zurück. Die auf Initiative des Königs heute vormittag zwischen beiden Parteiführern fortgesetzten Verhandlungen stießen auf dieselben Schwierigkeiten seitens der Demokraten und blieben ohne Erfolg. Als einziger Ausgang aus der jetzigen schweren Situation verbleibt die Bildung eines homogenen radikalen Kabinetts, was voraussichtlich schon morgen erfolgen wird.

Der tschechisch-ungarische Konflikt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Budapest, 25. April.

Die von der Tschechoslowakei gegen Ungarn angeordnete Grenzsperre dauert ungeschwächt an. Die Prager Regierung hat sich, wie mir auf der tschechischen Gesandtschaft mitgeteilt wird, bereit erklärt, der Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission zuzustimmen, doch müsse ihr eine Erklärung der ungarischen Regierung vorangehen, daß sie ähnliche Grenzzwischenfälle künftig vermeiden und Urheber der jüngst vorgekommenen bestrafen werde.

Die Ortszulagen für die Beamten.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Gestern sind im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen für die örtlichen Sonderzulagen für Beamte zum Abschluß gebracht worden. Sie hatten sich über zwei Monate hingezogen und außerordentlich schwierig gestaltet. Der Wirtschaftslage der verschiedenen Orte des Reiches entsprechend sollen mit rückwirkender Kraft ab 1. März als örtliche Sonderzulage zu dem gesetzlich festgelegten Grundgehalt und Ortszuschlag Sätze von 26 Prozent bis 624 Prozent gewährt werden. Den höchsten Satz und die nächst höchsten Sätze erhalten die Orte im besetzten Gebiet und den angrenzenden Landesteilen. Es beträgt z. B. der örtliche Sonderzuschlag für Köln 624 Prozent, für Frankfurt am Main 520 Prozent, für Hamburg 260 Prozent, für Berlin 182 Prozent. Im besetzten Gebiet ist für die örtlichen Sonderzulagen eine völlig neue Einteilung der Orte erfolgt. Im nichtbesetzten Gebiet beschränkt sich die Neuregelung nur auf einige Großstädte und deren Vororte.

---

* In der Turnhalle zu Gera kam es, wie unser ▲-Korrespondent meldet, anläßlich eines Vortrages über Rhein und Ruhr, veranstaltet von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, zu bösen **Ausschreitungen**. In die Versammlung war ein starker Trupp Kommunisten eingedrungen. Am Schlusse der Versammlung wurde auf der einen Seite das Deutschlandlied, auf der anderen die Internationale gesungen. Hierauf setzte eine starke Schlägerei ein; eine Reihe von Personen auf beiden Seiten darunter auch der Syndikus des Geraer Bürgerbundes, Dr. Wick, wurden schwer verletzt.

Arno Holz, dem Sechzigjährigen.

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Vogeler.

Lieber Arno Holz! Nun bist du sechzig Jahre alt geworden, ohne daß die Welt mit ihrem Ruhm dich viel behelligt hat, und du wirst hoffentlich, zäh und unwermorscht und unverbogen, wie du bist, noch lange grünen, selbst wenn die Unbekümmertheit der Welt auch jetzt noch ohne Ahnung von dir weiterdämmern sollte. Der Schlaf der Welt ist tief, und wer sie einmal wachzurütteln versuchte, dem wendet sie gewiß den Rücken und stellt sich doppelt taub.

Du hattest Pech, Arno Holz, der Zeit, die deine Jugend umstand, warst du zu revolutionär, die heutige Zeit nennt dich — veraltet. Du, du, der gerade das Zeitgemäße, die nahe helle wache Gegenwart zu fassen wußte, du warst immer unzeitgemäß, denn du warst immer — unkonventionell. Die Zeitgemäßen, die Epigonen von damals wie die künstlich Neuesten und Allerneuesten von heute, o, wenn sie wüßten, wie sehr sie immer die Konventionellen sind, wie sehr sie immer die Alten sind, wie sehr sie immer veraltet sind, die ewig Konventionellen. Du aber, dem Sinn der Zeit verhaftet, vom Bann der Zeit befreit, du, dessen Zeitgemäßes nicht die tote Formel der Zeit war, sondern das Herz, das Blut, das Auge der Zeit, du Unzeitgemäßer, du bleibst immer jung und immer revolutionär und immer voll Farbe, voll Klang, voll Glanz und Blut des Lebens. Nur sehen es die Menschen nicht, die in der geistigen Dämmerung der Konvention befangen sind.

Es war gewiß eine sehr zeitgemäße Tat, und doch eine Tat von zeitloser Symbolik, als du die muffig gewordene Romantik, als du den braunen Atelierton der deutschen Dichtung, — oh, als er noch lebendig defekt war, er war schon etwas Großes, Schönes, wundervolle Kammermusik —, ja, als du den muffig gewordenen braunen Atelierton aus der Dichtung hinauskehrtest, als du die Fenster aufrissest und den hellen, lichtgrauen Luftton, grausam und entzückend in seiner Wahrheit und Wirklichkeit, hereinströmen ließest und nun die Farben so seltsam ergreifend unmittelbar um unser Herz standen. Als du zum erstenmal den Frühling in der Großstadt uns zeigtest, das Hinterhaus und den Abend in dem Fabrikviertel, ach, und den ewigen alten Amselschlag am grauen Märztag im Vorstadtgarten.

Du genossest das tiefe Glück des Entdeckers und faßest in deiner Dachkammer und fiebertest und formtest, fiebertest, die Form zu finden, die scharf, präzis, voll Wiegsamkeit, voll Farbe, voll Leben, voll Luft den Dingen letzte Reife und Feinheit gäbe im ganzen Umkreis des Empfindens, in der Tragik und der Ironie, im gesättigten Humor, dem schmachtenden Glück und der herben Entsagung.

Die Menschen aber nannten es den „Konsequenten Naturalismus", und die Professoren schrieben es in die dicken, dummen Bücher und klappten den Deckel zu.

Und du faßest in der Dachkammer, Jahre und Jahre, und schufest frierend und hungernd, unbeachtet von der Welt, unbekümmert um die Welt mit dem ganzen unerbittlichen Formwillen, Formfanatismus des wahren Künstlers Zeile um Zeile, schufst die Gedichte und die Novellen und die Dramen, die lachende höhnende „Blechschmiede", die saftigen prallen Dafnislieder, die „Sonnenfinsternis" und „Ignorabimus" und, ja und den „Phantasus", den „Phantasus"! Und verbogst deine Kunst nicht der Welt zuliebe, sondern hungertest lieber und klebtest, wenn es sein mußte, lieber Kinderspielzeug fürs Warenhaus, für die richtigen Kinder zu Weihnachten, und klebtest mal ein Spielzeug für die Großen, den „Traumulus", mit voller offener Verneinung deines Selbst, um frei deiner Kunst dienen zu können. Die Welt kümmerte sich nicht um dich.

Du saßest in deiner Dachkammer, hoch oben, den Sternen zugetan und der Gasse, und formtest deine Werke. Den Kragen hochgeschlagen zwischen dicken Tabakswolken, die steile kantige, gefurchte Ostpreußenstirn über dem Papierbogen; während der Kaffee auf dem eisigen Ofen kochte, und das helle, graue Licht des Großstadthimmels durch das Fenster brach. Du saßest in deiner Dachstube zwischen dem zerschlissenen Hausrat und sahst auf die Welt herab, hungernd noch mit dem chevaleresken Lächeln einer grandseigneurialen Verachtung. Frei sein und unabhängig! — und wär's auch nur die Freiheit des gehetzten Edelhirsches. Du hast der Welt gezeigt, wie sehr du sie liebst, warum sollst du der Welt nicht zeigen, wie sehr du sie verachtest.

Nun ist dein sechzigster Geburtstag. Die Welt ist aufgeweckt worden. Schämt sie sich ein wenig? Regt sich doch ein wenig ihr Gewissen? Ich weiß, du lächelst über den Rummel, der geschrieben und geredet, vielleicht einen ganzen vollen Tag lang über die Welt ziehen wird. Du erwartest nicht mehr, daß man Ignorabimus aufführt, daß man dem neuen Phantasus die würdige Aufstattung gibt.

Du stehst vielleicht morgen früh am weitgeöffneten Fenster deiner Dachstube in der Stübbenstraße und lehnst dich hinaus in das kühle, strahlenlose Grau der Wolken und der tiefen Gasse, das Grau der Häuserwände mit dem hellen, jungen, zarten Grün der Bäume und den bunten Primeln am Fenster drüben, und das herbe Adagio dieses Großstadtfrühlingsmorgens, sehnsüchtig, schmerzlich, schluchzend, lächelnd und verjöhnend zieht durch dein Herz, ein schönerer Frühlingsgruß, als die Menschen je dir bringen könnten.

Kleine Mitteilungen. Das Antiquariat C. G. Börner in Leipzig veröffentlicht den Katalog der diesjährigen Frühjahrsversteigerung. Er enthält den ersten Teil einer umfassenden Kupferstichsammlung aus altem Leipziger Privatbesitz, die vor etwa 100 Jahren gesammelt worden ist und das ganze Gebiet des Kupferstiches vom 15. bis 19. Jahrhundert umfaßt. Die interessantesten Partien darin sind äußerst seltene deutsche Kleinmeister, Kupferstiche und Holzschnitte.

Shakespeare im Lessing-Theater

„Wie es euch gefällt."

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

„Wie es euch gefällt" hat gleich allem, was aus dem Füllhorn eines Genies auf unsere arme Erde gefallen, auch seine tiefere Bedeutung: Rückkehr zur Natur, Verspottung des Hoflebens, und dann, mit ganz leisem, tragischem Anklang die Zwietracht zwischen zwei Brüderpaaren, einem älteren und einem jungen. Der Dichter selbst hat diese Dinge, die wie von selbst aus seinem Reichtum quellen, diesmal nicht sehr ernst genommen, er hat die Motive und die Gestalten mit breitem Pinsel nur so hingewischt. (Und um das gleich vorwegzunehmen: die Bühnenbildner Walser und Impekoven schaffen das in richtiger Kongruenz nach. Nur wenn Shakespeare, der sorglose Märchendichter, in den Ardenner Wald Palmen und Oleander pflanzt, in diesen Wald, der in unserer Gegenwart ganz anderes als heitere Liebesspiele gesehen, dann wagen sie nicht mitzugehen; des Dichters zauberische Nirgendwo-Sphäre empfängt etwas kühl Nordeuropäisches.) Also, was dem Dichter bereits nur Zukost war, verschwindet in der von Lutz Weltmann besorgten Bühnenform des Lessing-Theaters durchaus.

Damit sind wir bei der sehr aktuellen Frage der Theaterbearbeitungen. Sie ist niemals in einer einzigen Formel zu lösen, und vor jedem Objekt gestaltet sie sich anders und will anders beantwortet sein. Was bei der einen Dichtung lebenrettende Tat sein kann, mag bei einer anderen Mord und Zerstörung werden. Jedenfalls müssen sich Pietät in Maß, nicht im Uebermaß, Takt, dramaturgischer Klarblick plus Einfühlung in poetische und geistige Ideen, müssen sich historische und zugleich Gegenwartsempfindung verbinden, um die Keckheit zu entschuldigen und zu begründen, die unter allen Umständen nötig ist, wenn einer sich an eine Schöpfung von Meisterhand herantraut. Ein Nationalwerk und heiligtum wie Goethes Faust darf nur mit behutsamsten Händen angefaßt werden, beim „Hamlet" möchte man jeden „Bearbeiter" auch noch mit starker Anerkennung von Einzelheiten auspeitschen — bei einem Nebenwerk von der Art von „Wie es euch gefällt" darf man schärfere Eingriffe schon billigen.

Lutz Weltmann hat gewagt und nicht verloren. Ob er der Handlung die völlige Klarheit bewahrt, danach allerdings müßte man jemanden fragen, der die Komödie weder aus dem Buch noch aus früheren Vorstellungen kennt und sie jetzt zum ersten Mal sieht. Wir anderen verstanden gewiß, was da vorüberglitt. Der „melancholische Jaques", schon bei Shakespeare nur ein dünner Ab- oder Vorglanz des Dänenprinzen, wird verkürzt und auch von der Darstellung (Theodor Loos) mehr in's Malerische verwiesen. Das doppelte Brudermotiv klingt auf, klingt

Der Prozeß Kuttner-Davidsohn.

Die Verhandlung vor der Berufungsinstanz.

Heute morgen begann im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichts die Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozeß des Landtagsabgeordneten Kuttner gegen den Davidsohn, früher M. d. R. Die inkriminierten Aeußerungen Davidsohns, Kuttner habe „einen Parteigenossen ermordet", wurden seinerzeit vom Schöffengericht als erwiesen angesehen; es habe rechtswidrige Tötung vorgelegen. Kuttner wird durch die Rechtsanwälte Werthauer und Obernickel vertreten, Davidsohn durch die Rechtsanwälte Theodor Liebknecht und Niebell.

Davidsohn erklärt, er könne den Vorwurf, Kuttner sei auf die Vorfälle im Regiment Reichstag hin aus dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten herausgeworfen, nach der Beweisaufnahme vor Schöffengerichtsverhandlung nicht mehr aufrechterhalten. Dagegen blibe er bei der Behauptung, daß Kuttner den Soldaten Eichhorn, einen Parteigenossen, ermordet habe, voll und ganz.

Kuttner gibt eine längere Darstellung seiner Beteiligung an den Januarkämpfen des Jahres 1919. „Ich war der einzige Mann, der den Mut hatte, den Versuch zu machen, das Land vor dem Bolschewismus zu retten, indem ich das Regiment Reichstag aufstellte, mit dem ich gleich im Anfang das Brandenburger Tor von Spartakisten säuberte. Eigentlich hielt ich die Sache für ganz aussichtslos."

Die ersten Zeugen geben eine etwas naive Darstellung der umstrittenen Ereignisse in den aufgeregten Januartagen. Der Zeuge Rüger vom Regiment Reichstag hat Eichhorn vor der Erschießung im Hause Schiffbauerdamm 35 angetroffen, Eichhorn habe behauptet, es wurde von Spartacisten aus den Häusern geschossen. Er sei etwas angeheitert, aber nicht betrunken im eigentlichen Sinne gewesen. Bei der Vernehmung des Zeugen Rüger fragt Davidsohn den Zeugen, ob wiederholt versucht sei, etwas über seine Aussage zu erfahren oder diese im Voraus festzusetzen. Rüger gibt dies zu.

Der Zeuge Briefmeister war am 10. Januar am Schiffbauerdamm beschäftigt. Er erzählt, Eichhorn habe auf einem Hofe zweimal geschossen, in der irrigen Annahme, aus dem Hause sei von Spartacisten geschossen worden. Eichhorn sei angetrunken gewesen. Auf die Schüsse hin seien etwa zehn Soldaten vom Reichstag her gekommen. Eichhorn sei entwaffnet worden, habe sich dann aber wieder Waffen verschafft. Es sei zu Streitigkeiten gekommen. Eichhorn habe eine Handgranate geworfen, die in einen benachbarten Garten gefallen sei.

Dann seien Schüsse gefallen, Eichhorn sei umgesunken, er habe Rufe gehört: „Wer hat geschossen?" Kuttner habe sich gemeldet, darauf hätten die Soldaten Hurra geschrieen.

Eine weitere Zeugin, Fräulein Rückert, gibt an, nachdem Eichhorn im Hause gewesen sei — Eichhorn habe sich sehr vernünftig aufgeführt —, sei Kuttner gekommen und habe gesagt: „Geben Sie mir Ihren Hausschlüssel, oder ich schieße!" Ueber die letzten Momente vor der Erschießung weiß sie nichts Wesentliches, dagegen meint sie, von dem gefallenen Eichhorn gehört zu haben: „Kuttner, du hättest nicht zu schießen brauchen." Nach der Tötung hätten die Soldaten „einen Schwur" geleistet.

Der Zeuge Kistenmacher, damals bei der Patrouille Kuttner, sagt aus, Kuttner habe Eichhorn die Waffen abnehmen lassen, Eichhorn habe dies nicht zulassen wollen und habe sich wieder eine Handgranate verschafft. Diese habe Eichhorn so gehabt, als wenn er sie abziehen wollte. Gleich nachdem sei zweimal kurz hintereinander geschossen worden und Eichhorn sei niedergesunken. **Er habe die Lage für bedrohlich angesehen.** Von dem Schwur wisse er nichts. R.-A. Liebknecht macht den Zeugen auf Widersprüche seiner heutigen Aussage zu der der ersten Instanz aufmerksam. Hiergegen verwahrt sich die Verteidigung Kuttners.

Der Zeuge Mittag, gleichfalls damals bei der Patrouille Kuttner, sah, wie Eichhorn die Handgranate habe abziehen wollen. Die Handgranate sei entsichert gewesen. Er würde, wenn Kuttner nicht geschossen hätte, seinerseits geschossen haben, da die Situation bedrohlich gewesen sei. Rechtsanwalt Liebknecht stellt fest, daß der Zeuge Weihnachten von einem Herrn Regemann, der früher der politischen Geheimpolizei angehört habe und jetzt ein Ermittlungsbureau besitze, nach Berlin geholt worden; Regemann „leite die Untersuchung im Fall Eichhorn."

* In der gestrigen Sitzung des **Münchener Stadtrats** kam es, wie unser □-Korrespondent meldet, zu einer Prügelszene zwischen Kommunisten und Mitgliedern der anderen Parteien. Anlaß dazu gab ein Zwischenruf des kürzlich unter der Beschuldigung des Hochverrats verhafteten, dann aber wieder freigelassenen Kommunisten Stadtrats Weigel.

Die nationalistischen Umtriebe vor dem bayerischen Landtag.

Erklärungen des Ministers Schweyer.

Annahme des Antrages der Bayerischen Volkspartei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 25. April.

Im Landtagsplenum erwiderte heute vormittag der Minister des Innern Dr. Schweyer auf die Forderung nach sofortiger Auflösung der nationalsozialistischen Sturmtrupps. Er verteidigte den Grundgedanken der vaterländischen Verbände, der der Ertüchtigung des Volkes diene. Ein Volk, das zum Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht gezwungen sei, habe ein Anrecht auf einen gewissen Ersatz dafür, wenn es nicht dauernd zu politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht verurteilt sein soll. Das deutsche Volk, das in mehr als tausendjähriger Geschichte die Kultur mit heraufgeführt habe, verdient am allerwenigsten das Schicksal, das gallische Willkür ihm bereiten wolle. Man müsse sich also der Kräfte freuen, die eine Aenderung des derzeitigen unerträglichen Zustandes vorbereiten. Dieses Streben dürfe aber nicht mit anderen Zwecken verbunden werden; die Pflege des vaterländischen Gedankens, die Sammlung aller vaterländischen Kräfte müsse der einzige Zweck sein. Er müsse gestehen, daß manche unter den vaterländischen Verbänden Bestrebungen zeigten, die uns diesem gemeinsamen Ziele nicht näherbringen, sondern von ihm entfernen. Was wäre natürlicher, als daß die vaterländische Bewegung geschlossen sei und von den gleichen Männern geführt werde. Dem sei aber nicht so. Wir sehen eine Reihe Verbände nebeneinander, die einander befehden. Hier sei etwas nicht in Ordnung. Es handelt sich dabei nicht um ein Massenproblem, sondern um ein Führerproblem. Die Entgleisungen, die vorgekommen seien, seien immer die Schuld einzelner Führer gewesen. Alle Einsichtigen ermahne er, keine Verpflichtungen einzugehen, über deren letzte Ziele der Schleier des Geheimnisses liege. Das gelte auch für die Stellungnahme zum Republikschutzgesetz. Im Rechtsstaate dürfe der Kampf nicht dem Vollzug eines bestehenden Gesetzes, sondern nur seiner Aufhebung auf gesetzlichem Wege gelten. Auf der anderen Seite warne er aber die abseitsstehenden oder gegnerischen Kräfte, in jeder vaterländischen Bewegung die Gefahr drohenden Umsturzes zu sehen. Bis jetzt sei es der Regierung gelungen, wirklichen Schaden zu verhindern. Aber auch in Zukunft werde nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß alle schädlichen Zutaten unterbleiben. **Wer heute der Ruhrfront in den Rücken fällt, der handelt unvaterländisch, ja verbrecherisch, wenn er auch das Wort Vaterland noch so viel im Munde führt.** Auch in einzelnen Organen der nationalistischen Presse sei schwer gefehlt worden, indem dort tagtäglich die Staatsautorität, die Regierung und die Volksvertreter mit Kot und Schmutz begossen wurden. Alles das habe mit der Pflege des nationalen Gedankens nicht das mindeste zu tun.

Den gleichen Tiefstand beweisen auf der gegnerischen Seite auch gewisse Berliner Blätter, die den Eindruck erwecken, als ob sie mit einer gewissen Gier Schauernachrichten aus Bayern verbreiten. Das sei Volksbetrug und müsse mit allen Mitteln bekämpft werden, denn etwas bliebe immer hängen, und das Gift beginne im Volke schon zu wirken. Die Republikschutzgesetze habe Bayern von Anfang an bekämpft und stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß sie verschwinden müßten, eventuell unter Ergänzung der normalen Gesetze. Hier aber sei zugleich auch der Punkt, wo ein scharfer Unterschied zwischen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und den vaterländischen Verbänden gemacht werden müßte.

Ob die Nationalsozialisten nach ihren ganzen Zielen und Methoden überhaupt zu den vaterländischen Verbänden gerechnet werden dürfen, möchte er für seine Person verneinen. Die Nationalsozialistische Partei sei der einzige Verband, der sich ausdrücklich als Partei bezeichnet. Das nationalsozialistische Programm sei in vielen Punkten unklar und anfechtbar, zumal vom Standpunkt der bayerischen Interessen aus. Füge man den fanatischen Antisemitismus und die Kampfansage der nationalsozialistischen Führer an die Staatsgewalt hinzu, **so müsse man sich wundern, daß ernste Männer in dieser Bewegung eine Rettung des Vaterlandes erblicken.** Das sei wohl weniger auf Ueberlegung als gefühlsmäßig zu erklären. Aber diese gefühlsmäßige Einstellung sei politischer Dilettantismus. Die Nationalsozialisten seien auf der Straße gewalttätig aufgetreten, **ihre Sturmabteilungen übten den Versammlungsschutz mit großer Roheit aus,** und eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder ist wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten. Die Polizei habe strengen Befehl, gegen alle Gesetzwidrigkeiten unnachsichtig vorzugehen und habe auch danach gehandelt. Namentlich gegen weitere nationalsozialistische Expeditionen werde strengstens vorgegangen, nötigenfalls würde auch zu Versammlungsverboten gegriffen werden. Andererseits müsse festgestellt werden, daß die Nationalsozialisten sich in letzter Zeit auf ihre eigenen Versammlungen beschränken, und daß viele von ihren Versammlungen planmäßig roh und gewaltmäßig gestört wurden. Gegenüber dem provokatorischen Verhalten linksradikaler Kreise müsse er hervorheben, daß **Ausschreitungen von links ebenso zu verurteilen seien wie solche von rechts.**

Der Minister kritisierte sodann den sozialistischen und demokratischen Antrag auf sofortige Auflösung der Sturmtrupps und empfahl demgegenüber den Antrag der Bayerischen Volkspartei.

Abgeordneter Dr. Sänger erklärte namens der **Sozialdemokraten,** daß diese kein Vertrauen zum Minister haben, solange er seine Worte nicht durch die Tat belege. Wenn Versammlungsstörungen von links vorgekommen seien, so sei das nur die selbstverständliche Folge seiner Handhabung des Versammlungswesens. Dem Reichsbund sei eine Versammlung, in der Major Schützinger sprechen sollte, verboten worden, weil die Polizei sich außerstande erklärte, sie zu schützen. Auf eine Anzeige über ein gegen den Abgeordneten Auer geplantes Attentat hin sei nicht etwa bei den Beschuldigten, sondern bei den Zeugen eine Haussuchung vorgenommen worden.

Der demokratische Abgeordnete Dr. **Dirr** verwies darauf, daß ein großer Teil der **vaterländischen Verbände** sich in seinen Grundsätzen mit den Nationalsozialisten solidarisch erklärte und sogar mit Drohungen an die Regierung herangetreten sei. Diese selben Verbände seien beim Reichskanzler Cuno gelegentlich des Münchener Besuches erschienen und hätten ihm bestimmte Thesen vorgelegt, wobei sie sich ebenso wie die später erscheinende zweite Abordnung der anderen Verbände, als die alleinberechtigte Vertretung der vaterländischen Organisationen aufgeführt hatte. Dieser Teil der vaterländischen Vereine sei also jedenfalls nicht gesonnen, sich hinter die Staatsregierung zu stellen.

In der **Abstimmung** wurde der sozialdemokratische und der demokratische Antrag abgelehnt und der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und des Bauernbundes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Mittelpartei angenommen. Der Antrag lautet: „Stoßtrupps, Sicherheitsabteilungen oder sonstige parteipolitisch eingestellte Einrichtungen ähnlicher Art können einen doppelten Zweck verfolgen: entweder a) den Versammlungsschutz, insbesondere den Schutz der Versammlungsfreiheit für ihre Partei in jenen Fällen, in denen die Polizei nicht anwesend ist oder über ungenügende Kräfte verfügt, oder b) sie sind gerichtet auf Gewalttätigkeiten, auf Störung der öffentlichen Ordnung, insbesondere auf Störung der Freiheit anderer Parteien. Dies vorausgesetzt, wird die Staatsregierung ersucht, in jedem Einzelfalle nachzuprüfen, erstens welche Ziele eine Einrichtung der bezeichneten Art verfolgt, zweitens eine solche **Einrichtung unnachsichtlich sofort zu unterdrücken, falls ihr Ziel auf Gewalttätigkeit, auf Bedrohung der Staatsgewalt oder auf Gefährdung der öffentlichen Ordnung gerichtet ist.** 3. Verfolgen derartige Einrichtungen programm- und satzungsgemäß lediglich einen geordneten Selbstschutz, so sind sie doch scharf zu überwachen, um zu verhüten, daß sie über ihre Satzung hinausgehen. Jeder Verstoß und jede Störung der öffentlichen Ordnung ist abzuweisen und zu bestrafen.

---

aber nicht aus. Die Wandlung des bösen Oliver in einen guten wird nur angedeutet, die Bekehrung des schlimmen Usurpators Friedrich zugunsten des verbannten Herzogs ist völlig ausgeschaltet. Der leitende Gedanke ist etwa der wie in anderen simpelsten Theaterstückspielchen: rasch zum Schluß — und der Schluß heißt: die Pärchen kriegen einander.

Aber man braucht darüber nicht zu greinen. Es entsteht (nur noch nicht genug in der Ausstattung) Märchenduft und Luft. Wir wandeln nicht auf der Erde, wir wandeln noch nicht im Himmel, wir sind im Zwischenreich der Illusion, in dem wir alles glauben, weil wir erst gar nicht anfangen, an irgendetwas zu zweifeln. Wir schweben durch Liebliches, umfungen von Mozarts Klängen, die Georg Markowitz hier aufgereiht hat, wir lauschen alten Liedern, wir freuen uns an schärferen Humoren, wir sind vergnügt, wenn der alte Schäfer Corinnus (Julius E. Herrmann) so ganz verschafft ist, daß selbst seine Perücke noch aus Schafzotteln ist — wir sind zwar nicht ganz in der Stimmung des „Sommernachtstraums", weil er nun einmal um so vieles reicher ist als „Wie es euch gefällt", aber wir sind dieser Stimmung dicht nahe und erleben mit innigem Genuß eines Sommertages Traum, in dem Schmerzen der Großen und Kleinen, der Vornehmen und Niedrigen, der Klugen und Dummen allesamt zuletzt aus einem Punkte kuriert werden. Ein Leu spielt mit, eine Schlange, ganz im Hintergrund, das gehört ja ins Märchen, uns vor Augen aber steht harmlos holdseligste, in sich selber lachend aufgelöste Tändelei. Im Grunde ein Nichts. Wie kann ein Nichts so köstlich sein? Und ist es doch.

Der Regisseur Viktor Barnowsky, der sich nach „Julius Cäsar" nun zum zweitenmal an Shakespeare versucht, geht mit dieser schönen Vorstellung in den Spuren des Erneuerers Reinhardt und führt ihn weiter. Er betont das Musikalische, er läßt die reizende Lucy Kieselhausen, hoffentlich nicht nur als Premierenlöwin, in der Gestalt des Hymen aus einer Ueberwelt erscheinen, in der die Glieder freier sich lösen. Er hat andere jugendmutige Darsteller, und weiß sie zu bewegen, den blühenden und übersonnten Ernst Karchow als Orlando, den fröhlich-trist miauenden Wilhelm Bendow als Sylvius, die unverzagte Lotte Stein (Kätchen), Marianne Wentzel (Phoebe). Er hat einen guten Amiens, Eugen Transky, einen rührungsfähigen Adam, Fritz Richard, und der Narr Probstein ist mit mehr als nur körperlichem Witz der sonst so possige Hans Junckermann.

Rosalinde und Celia, echt shakespearisches Mädchenpaar, wiederkehrend in seinen Komödien, die eine aktiv, die andere passiv, die eine schicksalbestimmend, die andere schicksalerwartend. Barnowskys Celia, Anna Röttgen, ist ein Talent, eines auch von großer leiblicher Anmut. Seine Rosalinde und darum vor allem anderen gestern sein Erfolg ist ein Genie. Es heißt Elisabeth Bergner, mischt Mädchentum und Jungentum, Herz und Beherztheit, Spielerisches mit innerst Gefühltem. Elisabeth Bergner, geborener Puck. Ich sag's noch einmal: sie soll ihn spielen.

Protest gegen die Justizwillkür im besetzten Gebiet.

Die Ausschaltung der Justizhoheit.

Der Wortlaut der Note.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist folgende Note überreicht worden:

„Die interalliierte Rheinlandkommission hat unter dem 22. März die Verordnung 156 erlassen, die die **deutsche Justizhoheit völlig durchbricht** und allen Anschauungen über eine geordnete Rechtsprechung zuwiderläuft.

Zweck der Verordnung ist in erster Linie der Schutz aller jener Elemente, die sich gegenüber den französisch-belgischen Gewaltmaßnahmen gefügig erwiesen haben. Sie erstreckt sich daher nicht nur auf alle Staatsangehörigen der Besatzungsmächte, sondern auch ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit auf alle Personen, die mittelbar oder unmittelbar von der interalliierten Rheinlandkommission, von den Besatzungsarmeen und deren Dienststellen angestellt sind und auch solche, die wiederum im persönlichen Dienst der Beamten der interalliierten Rheinlandkommission oder von Angehörigen der Besatzungsarmeen stehen. Es fallen unter die Bestimmungen der Verordnung sogar alle, die diesen Personen und Behörden Dienste irgendwelcher Art geleistet oder mit ihnen in Beziehungen gestanden haben, ja solche, denen das Gerücht zu Unrecht derartige Dienste und Beziehungen nachsagt. Schließlich sollen sich des Schutzes dieser Verordnung auch alle die Personen erfreuen, die die Gebote und Verbote der interalliierten Rheinlandkommission befolgt haben.

Die Aburteilung von Bedrohungen, tätlichen Beleidigungen und sonstigen Gewalttätigkeiten gegen Personen, die unter den Schutz dieser Verordnung gestellt sind, soll der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen und ausschließlich der Gerichtsbarkeit der alliierten Militärgerichte zugewiesen werden, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die geschützten Personen den strafbaren Handlungen nur wegen ihrer Staatsangehörigkeit, wegen wirklicher oder vermeintlicher Dienste und Beziehungen oder wegen tatsächlicher Befolgung der Gebote und Verbote der interalliierten Rheinlandkommission ausgesetzt gewesen sind.

Die interalliierte Rheinlandkommission begnügt sich nicht damit, ihren Schützlingen auf strafrechtlichem Gebiet eine Sonderstellung einzuräumen, sondern erleichtert ihnen auch die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche, indem sie sich selbst und die von ihr bezeichneten Organe als erste und letzte Instanz bestellt, für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche gegen die Täter der oben charakterisierten strafbaren Handlungen. Soweit die geschützten Personen Schaden infolge von öffentlichen Unruhen oder von strafbaren Handlungen einer zusammengerotteten Menge erlitten haben, wird die betreffende Gemeinde, unter Umständen sogar der betreffende Landkreis, zur vorläufigen Zahlung des von der interalliierten Rheinlandkommission festgesetzten Schadensersatzes für verpflichtet erklärt.

Diese Verordnung steht in schroffem Widerspruch zu dem Artikel 3 des Rheinlandabkommens, der grundsätzlich bestimmt, daß die deutschen Gerichte in bürgerlichen und in Strafsachen die Gerichtsbarkeit ausüben, und hiervon unter lit. d und e dieses Artikels nur zwei Ausnahmen zugunsten der Militärgerichtsbarkeit der interalliierten Truppen zuläßt. Es sind das in personeller Hinsicht die Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte und die ihnen zugeteilten Personen, und in materieller Hinsicht alle Verbrechen und Vergehen gegen Personen und Eigentum der Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte. Abgesehen hiervon kann es nur als **ein Zerrbild einer Justiz** bezeichnet werden, wenn die Abgrenzung der Zuständigkeit verschiedener Gerichtsbarkeiten nicht nach festen, objektiven Merkmalen vorgenommen wird, sondern nach vagen Vermutungen über die inneren Motive des Urhebers der abzuurteilenden Tat.

Während zahlreiche Witwen und Waisen der von den Angehörigen der Besatzungstruppen getöteten Personen vergeblich auf die ihnen nach Völkerrecht und Billigkeit zukommende Entschädigung der Besatzungsmächte warten, andere deutsche Staatsbürger aus Gnade mit unverhältnismäßig geringen Summen für schweren körperlichen und seelischen, durch die Besatzungstruppen verursachten Schaden abgefunden werden, wird durch die Verordnung den Schützlingen der interalliierten Rheinlandkommission ein Anspruch auf die Munifizenz der interalliierten Rheinlandkommission aus der Tasche deutscher Staatsbürger und Gemeinden gewährt. Es kann nur als ein Hohn bezeichnet werden, daß die Verordnung den Gemeinden, zu deren Lasten sie ihre Schützlinge entschädigen will, die angeblichen Erstattungsansprüche gegen das Deutsche Reich offen hält.

Die deutsche Regierung legt gegen diese rechts- und vertragswidrige Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission Verwahrung ein."

Die Praxis der Wohnungsämter.

Untersuchung durch einen Landtagsausschuß.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages wird in den nächsten Wochen alle gegen die Praxis der preußischen Wohnungsämter erhobenen Vorwürfe prüfen, um festzustellen, ob die Wohnungsämter ungesetzlich Wohnungen vergeben oder vorzugsweise bei Zahlung hoher Beträge solche zuweisen. Der Ausschuß nimmt Beschwerden entgegen, da behauptet wird, gewisse Aemter hielten sich durch diese Praxis nur noch über Wasser, da ihr Etat monatlich 30 bis 40 Millionen Mark ausmache.

In Jena sind, wie unser Korrespondent meldet, die Arbeiter der Firma Carl Zeiß und des Glaswerkes Schott heute wegen Lohnstreitigkeiten in den **Ausstand** getreten.

Poincaré und Millerand.

Geheimnisvolle Anspielungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 25. April.

In der letzten Rede Poincarés ist ein Satz aufgefallen, der sich auf die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs bezieht. Dieser Satz lautet: „Sie kennen mich seit 37 Jahren und haben niemals gesehen, daß ich von einer Partei zu der andern übergegangen bin. Ich habe mich nicht in meinen Auffassungen „weiter entwickelt". Ich habe niemals die rote Fahne mit der Trikolore vertauscht oder die umgekehrte Handlung vollzogen. Sie haben niemals gesehen, daß ich mein politisches Programm korrigiert oder retuschiert habe, gleich jenen politischen Künstlern, die ihre Werke durch Veränderungen verfärben, weil sie ihre ersten Auffassungen bereuen." Diese Angriffe müssen einen bestimmten Sinn haben, denn Poincaré improvisiert niemals eine Rede. Die Ansprache, die er in Void halten wollte, war sogar schon vor seiner Abreise am Sonnabend fertiggestellt und wurde am Sonntag einigen französischen Journalisten im Wortlaut übergeben, noch ehe die Bürger von Void von dem Empfange Poincarés etwas erfahren hatten. Ebenso war es mit der Rede vor dem Generalrat in Bar-le-Duc, die in Paris mehrere Stunden vor dem Erscheinen der Abendzeitungen bekanntgegeben worden ist. Der Ministerpräsident wollte also eine bestimmte Persönlichkeit treffen, wenn er von den Leuten sprach, „welche die rote Fahne durch die Trikolore ersetzt haben", und die „ihre Ansichten revidierten, weil sie bereuten, daß sie zu weit gegangen sind". Diese Anspielungen passen für den Präsidenten der Republik Millerand, der, wie jeder weiß, Sozialist gewesen ist und der, wie erzählt wird (verbürgen möchte ich mich für die Wahrheit nicht), selbst die Ruhraktion durch ein umfangreiches Wirtschaftsabkommen beendigen möchte, nachdem er vorher ihr stärkster Vorkämpfer gewesen ist.

Herr Poincaré selbst hat, als ihm nach den bekannten „Dreistern"-Artikeln im „Figaro" vorgeworfen wurde, gegen Millerand zu polemisieren, diese Kombination mit Entrüstung zurückgewiesen, hat aber, nachdem in sehr höflicher und vorsichtiger Form, aber doch sehr deutlich, Robert de Jouvenel in der Zeitung „L'Oeuvre" die Frage wieder aufwarf und sagte, er bitte den Ministerpräsidenten, eine Erklärung für die geheimnisvollen Sätze zu geben und vor aller Oeffentlichkeit festzustellen, daß er mit Herrn Millerand in treuester Empfindung verbunden sei und alle Ansichten des Präsidenten über wichtige politische Fragen der Gegenwart teile, geschwiegen. Poincaré wird auf diese respektvolle Anzapfung wahrscheinlich überhaupt nicht antworten. Wenn aber eine Antwort erfolgt, dann wird sie voraussichtlich weniger klar sein wie die Frage de Jouvenels. Die radikale Presse hält die Erklärung Poincarés für ein Zugeständnis an die Reaktion und an den Nationalismus. Es wird sogar wieder einmal von bevorstehenden Veränderungen im Kabinett gesprochen, durch die einige allzu republikanische durch mehr „gesinnungstreue" Herren ersetzen soll. „Poincaré hat gesagt, daß er seine Ansicht nicht ändert," schreibt de Jouvenel, „aber er hat nicht gesagt, daß er seine Minister nicht ändern wolle." Die Worte Poincarés können, was de Jouvenel nicht erwähnt, sich ebenso wie auf Millerand auch auf Briand und Viviani beziehen, die gleichfalls beide Sozialisten waren und sich dann etwas weiter nach der Mitte zu entwickelt haben. Aber Briand und Viviani haben Poincaré in der letzten Zeit zu wiederholten Malen unterstützt — Briand noch kürzlich durch die Rede in Nantes —, und es liegt deshalb keine Veranlassung vor, sie vor dem Generalrat des Maasdepartements anzuschwärzen.

Die Rede Poincarés über die Innenpolitik hat im übrigen, wie festgestellt werden kann, auch bei seinen Parteianhängern nicht vollen Beifall gefunden. Sogar der treue Hervé schreibt darüber: „War es nötig, in dieser Stunde etwas über die Innenpolitik zu sagen, besonders da Poincaré offenbar in dieser Hinsicht nichts Besonderes zu sagen hatte?" Der „Intransigeant" nimmt zu der Rede Poincarés in Bar-le-Duc durch einen Artikel Stellung, der Beachtung verdient, weil der Verfasser, Léon Bailby, Beziehungen zum Elysée hat. Bailby schreibt: „Die Anspielungen in der Rede von Bar-le-Duc können nur auf den Chef des Staates gehen. Man weiß, daß die Beziehungen zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten gespannt sind. Man hat sogar die Angriffe gegen Millerand im „Figaro" auf eine Inspiration Poincarés zurückgeführt. Es ist auffallend, daß Poincaré nicht gefürchtet hat, diese Hypothese zu unterstützen, als er den Satz aussprach. Vielleicht wird es als eine Verschlechterung der politischen Sitten erscheinen, daß dieser polemische Ton jetzt schon in offiziellen Reden angeschlagen wird. Die alte Tradition, daß ein Staatschef nicht angegriffen werden dürfe weil er nicht antworten kann, hat etwas Gutes. Das Publikum ist verwundert über diesen Angriff, der allmählich sein Vertrauen zu der kaltblütigen Ueberlegung unserer führenden Männer erschüttert."

Die nicht ausgenutzten deutschen Sachlieferungen.

Frankreichs Verzicht aus Rücksicht auf die eigene Industrie

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 25. April.

Aus einem Bericht der Reparationskommission geht hervor, daß Frankreich im Jahre 1922 ein Recht auf Sachlieferungen im Werte von 950 Millionen Goldmark hatte und nur für den vierten Teil dieser Summe Bestellungen gemacht hat. Die anderen Alliierten hatten Ansprüche auf Lieferungen für 500 Millionen Goldmark und haben für 486 Millionen Goldmark Fabrikate aus Deutschland bezogen. Schuld an diesem Mißverhältnis trägt die französische Industrie, welche die Bestellungen in Deutschland verhindert hat, um den französischen Fabriken nützlich zu sein.

Der Strafantrag im Prozeß Zwaan.

Drei Jahre zwei Monate Zuchthaus.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung im Strafprozeß Zwaan beantragte zunächst Staatsanwaltsschaftsrat Heiner, noch die Kriminalassistenten Wild und Dettmann darüber zu vernehmen, daß Frau Zwaan nicht als „blonde Mary" in Lebekreisen bekannt sei. Der Zeuge Wild weiß von Zwaan nur, daß er in Cafés Unter den Linden viel verkehrt habe. Frau Zwaan kenne er persönlich nicht, bei der Polizei seien keine Akten über sie vorhanden. — Vors.: Kennen Sie den hier vernommenen Zeugen Herrmann Stahl? — Zeuge Wild: Jawohl, er ist der Polizei sehr gut bekannt. Er ist ein gemeingefährlicher und bekannter Zuhälter und Einbrecher. Die Angaben des Stahl sind nicht glaubwürdig. — Es kommt dann wieder zu einer langen und erfolglosen Auseinandersetzung über den Fall Borngräber. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge noch: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Zuhälter sich gegenseitig auch Eideshilfe leisten. — Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß mit Rücksicht auf die Valuta jetzt auch viele ausländische Zuhälter nach Berlin kommen? — Zeuge: Ich habee erst dieser Tage einen holländischen Zuhälter verhaftet. — Rechtsanw. Dr. Frey: Das war dann doch kein valutastarker, sondern ein valutaschwacher Ausländer. — Der nächste Zeuge, Kriminalassistent Dettmann, erklärt, daß es „blonde Marys" zu Dutzenden in Berlin gibt. Jede Magd die nach Berlin komme und blond ist, nenne sich bald „blonde Mary". Vor Stahl hat alle Welt eine Heidenangst, er hat einen furchtbaren Anhang in Verbrecherkreisen.

Es wurde dann die Beweisaufnahme erneut geschlossen und der Staatsanwaltschaftsrat Heiner nahm das Wort, um die Anklage zu begründen. Er läßt den Angeklagten zunächst darauf hinweisen, daß er gegebenenfalls nicht wegen Mädchenhandels, sondern wegen Zuhälterei und Kuppelei bestraft werden könne. Er kommt dann zu der Schlußfolgerung, daß Zwaan nach Deutschland gekommen sei unter der Maske des valutareichen Ausländers, um deutsche Mädchen zur Auswanderung zu verleiten. In Anbetracht des Umstandes, daß Zwaan ein gemeingefährlicher Mensch sei, müsse er auf lange Zeit unschädlich gemacht werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Zwaan wegen Verleitung zur Auswanderung drei Jahre Zuchthaus, wegen Körperverletzung eine Zusatzstrafe von zwei Monaten Zuchthaus, insgesamt drei Jahre zwei Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. — Als Vertreter der Nebenklägerin sprach dann Rechtsanwalt Dr. Benjamin, der sich für den Leumund der Frau Zwaan lebhaft einsetzte und den Strafantrag wegen Körperverletzung begründete. — Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Frey, widersprach lebhaft dem Antrage des Staatsanwaltschaftsrats und hielt in keiner Weise für erwiesen, daß der Angeklagte seine Ehefrau zu unzüchtigem Lebenswandel angehalten habe. Die Aussagen der Frau Marie Zwaan seien so widerspruchsvoll, daß ihnen kein Glauben beizumessen sei.

Raubzug in einer Wohnkolonie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ Halle, 25. April.

Bei dem Orte Kusey, in der Nähe von Gardelegen, überfiel eine bewaffnete Räuberbande nachts die Kolonie „Eichhorn", trieb die Kolonisten mit vorgehaltenen Revolvern in ein Zimmer eines Wohnhauses zusammen und raubte dann alle Wertgegenstände im Gesamtwert von über 30 Millionen Mark. Selbst die Trauringe wurden den Ueberfallenen von den Fingern gezogen. Dann mußte ein Knecht anspannen, um die Beute nach Bahnhof Oebisfelde zu fahren. Den Knecht jagte man unterwegs dann zurück. Tatsächlich sind die Diebe in der Nacht um vier Uhr von diesem Bahnhof abgefahren; über den weiteren Verbleib der Räuber konnte bisher nichts festgestellt werden.

Schmuggel mit Silberschlamm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ Beuthen (O.-S.), 25. April.

Vor der Königshütter Strafkammer hatte sich der Hütteninspektor Stolzenberg von der Königshütte wegen angeblichen beabsichtigten Schmuggels von 700 Kilogramm Silberschlamm nach Deutschland zu verantworten. Obwohl die Zeugenaussage nicht den mindesten Beweis erbrachte, daß seitens der Hüttendirektion Schmuggel beabsichtigt war, wurde Stolzenberg zu einer Strafe des doppelten Wertes der Ware und Beschlagnahme der Sendung verurteilt. Dadurch entsteht der Königshütte ein Schaden von 100 Millionen Mark. Da das Urteil ohne Zweifel ein Fehlurteil darstellt, so ist beim Appellationsgericht in Kattowitz Berufung eingelegt worden.

Fremde in Berlin. Im Hotel „Excelsior" sind abgestiegen: Dr. Markgraf Cappellini Piero, Mailand; Konsul E. Owesen, Kopenhagen und Generaldirektor Mercadoff, Sofia.

Der Luftverkehr Berlin—Königsberg—Moskau. Wie im vergangenen Jahre, wird auch ab 1. Mai der Flugdienst auf der Strecke Berlin—Danzig—Königsberg und Königsberg—Smolensk—Moskau wieder aufgenommen werden. Der Deutsche Aero-Lloyd A. G. teilt hierzu mit, daß der Verkehr auf dieser Strecke gegenüber dem vergangenen Jahre dadurch, daß die Strecke Berlin—Danzig ohne eine Zwischenlandung in Stettin durchgeführt wird, eine erhebliche Verbesserung durch Verkürzung der Reisedauer auf etwa 4½ Stunden erfahren wird. Der Verkehr auf dieser Strecke wird lediglich mit modernen Kabinenflugzeugen durchgeführt werden. Die Verbindung von Königsberg über Smolensk nach Moskau wird wiederum im Anschluß an den Nachtschnellzug Berlin—Königsberg erfolgen, so daß von Berlin nach Moskau eine Reisedauer von weniger als zwanzig Stunden erzielt werden kann.

Der Tod in der Truhe. Aus Buxtehude wird gemeldet: Einen furchtbaren Tod erlitten zwei junge Mädchen, die seit vier Tagen spurlos verschwunden waren. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß sie auf den Boden eines Hauses gespielt hatten und dabei in eine schwere Truhe gestiegen waren. Der Deckel war plötzlich zugefallen, und den Kindern war es nicht möglich, ihn wieder zu öffnen. Man fand die Vermißten jetzt als Leichen.

b. Halle, 25. April. (Privat-Telegramm.) In das Schloß des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt in Schwarzburg brachen Diebe ein und stahlen große Mengen Silbersachen und Kleidungsstücke.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Zunächst etwas wärmer, ziemlich heiter bei frischen südwestlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung und leichte Regenfälle.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. An der Küste und im nordwestlichen Binnenlande vielfach starke, in den meisten anderen Gegenden schwächere Niederschläge.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung u. Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; f. d. Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; f. d. Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; f. d. übrig. Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; f. d. Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. **Hierzu 1 Beiblatt.**

Große Volksoper.

„Rigoletto."

K. W. Das von Francesco Maria Piave nach dem Viktor Hugoschen Drama „Le roi s'amuse" außerordentlich geschickt aufgebaute Opernbuch zu „Rigoletto" enthält manche, dem modernen Empfinden fremde Derbheit und Brutalität in der Entwicklung. Aber der romantische Hintergrund mildert die Gewaltsamkeiten, Verdis Melodienzauber wirkt als künstlerische Veredlung bei der wahrheitsgetreuen Schilderung des frivolen und rohen Sinnenlebens am Hof eines kleinen italienischen Throntyrannen aus dem 16. Jahrhundert. Zweiundsiebzig Jahre sind seit der erfolgreichen Uraufführung des berühmten Werkes in Venedig verstrichen, die Musik ist aber trotz der ungeheuren Popularität noch keineswegs abgegriffen, sondern jugendfrisch wie zu Anfang. Wenn die Berliner Große Volksoper nun das Meisterwerk aus Verdis Frühperiode in den Spielplan aufgenommen hat, so erfüllt sie einfach eine Selbstverständlichkeit, die sowohl künstlerisch als auch geschäftlich lohnend ist.

Aber „Rigoletto" hat den echt italienischen Feueratem im dramatischen Ablauf, die südliche Glut im Empfindungsleben der auftretenden Personen. Das macht stilechte Verdi-Aufführungen von kälteren und weniger beweglichen Deutschen so außerordentlich schwierig und selten. Man muß sich da meist mit Annäherungswerten bescheiden.

Abgesehen von dieser allgemein geltenden Einschränkung, konnte man sich mit der Erstaufführung in der Großen Volksoper zufrieden geben. Der Abend zeugte von fleißiger Vorbereitung, von gutem Willen und Können. In der Hauptrolle gastierte Kammersänger Robert Burg vom Dresdener Staatstheater und bestätigte die guten Eindrücke, die man am Sonntag schon von ihm im „Troubadour" erhalten hatte. Er verfügt über einen klangvollen, sorgfältig durchgebildeten Bariton, von einer namentlich im mezza voce angenehm timbrierten Höhe. Darstellerisch war er dem verliebten und herrischen Grafen Luna sowohl gewachsen als auch dem unter der Narrenkappe verhöhnten und betrogenen, in seinen heiligsten Vatergefühlen tödlich getroffenen Rigoletto. Die anderen Partien standen nur teilweise auf dieser künstlerischen Höhe. Am besten wirkte neben dem erfolgreichen Gast noch Fritzi Jokl als Gilda mit ihrem schlanken, wohlgeschulten Sopran und einer ausgezeichneten Charakterisierung zärtlicher Kindesliebe und naiver, heiß hervorbrechender Leidenschaft. Den Herzog sang Maximilian Willimsky stimmlich ganz annehmbar, ohne jedoch die höchsten Anforderungen seiner Aufgabe in der Darstellung unwiderstehlicher Sieghaftigkeit erfüllen zu können. Die anderen Mitwirkenden konnten als ganz passabel gelten, von ihnen wären Magnus Andersen (Monterona), Franz Sauer (Sparafucile) und Ludmilla Dostal (Maddalena) hervorzuheben. Den frischen Geist des Ganzen bestimmte Dr. Ernst Prätorius am Dirigentenpult, er hielt Orchester und Solisten in umsichtiger, straffer Hand. Auch die Spielleitung von Alexander d'Arnals hatte am glatten Gelingen des Ganzen gebührenden Anteil. Es gab viel Beifall für den Gast und für die anderen Hauptdarsteller.

In der Ausstattung der Bühnenbilder und Kostüme bot die Große Volksoper das von ihr bisher Gewohnte: Stiltreue und Geschmack im Sinne moderner Bildauffassung. Hans Strohbach hat auch bei dieser Erstaufführung wieder bewiesen, wie mit verhältnismäßig einfachen Mitteln gute Wirkungen erzielt werden können.

*

Kammersänger Robert Burg vom Staatstheater Dresden gastierte erfolreich als Graf von Luna im „Troubadour". Er verfügt über ein voluminöses, klangvolles Organ und über die erforderliche Sicherheit in der naturgemäßen Tonbildung. Namentlich sein mezza voce in der Höhe ist von bemerkenswertem Klangreiz. Abgesehen von der im ganzen etwas massiv wirkenden, für Verdi reichlich dunkel gefärbten Stimme, kann man seine Leistungen selbst höheren Ansprüchen gegenüber als durchaus befriedigend bezeichnen. — Auch die anderen Rollen waren nicht übel besetzt. Bertha Malkin (Leonore) und Ludmilla Dostal (Azucena) boten gesanglich teilweise Hervorragendes, wußten ebenfalls darstellerisch ihrer Aufgabe einigermaßen gerecht zu werden. Stimmtechnisch nicht immer einwandfrei war Bruno Korell als Manrico, er beeinträchtigte seinen an sich passablen Tenor durch unnötiges Pressen im hohen Forte. Von den kleineren Partien sei noch Franz Sauer als Ferrando hervorgehoben, desgleichen verdient Dr. Ernst Prätorius für die umsichtige Leitung der Aufführung genannt zu werden.

** **Aus der Musikwelt.** Deutsches Opernhaus. Frau Kammersängerin Erna Denera singt in der „Aida"-Aufführung am Mittwoch, 25. April, die Partie der Aida. — Der Schubert-Abend von Elisabeth Schumann findet am 26. April unter Mitwirkung von Prof. Rob. Kahn statt. — Dr. James Simon spricht im Rahmen der Humboldt-Hochschule am Donnerstag, 26. April, 8 Uhr, Lützowstraße 84d, über „Die Musik der Gegenwart". Im Mittelpunkt wird Busoni stehen, dessen Werke teilweise auf dem Klavier zum Vortrag gebracht werden. — Edith v. Voigtländer und Johanna Garth-Geis musizieren am 27. April in der Singakademie unter Mitwirkung von Dr. V. F. Wolff. Auf dem Programm steht Beethoven, Brahms, Bach und Faltis. — Die Wiederholung des Konzertes der Kammerkonzertvereinigung (Dirig. Dr. G. Beckmann) unter Mitwirkung von Georg A. Walter (Tenor) und Kammermusiker G. Schreiber (Oboe) mit dem Programm „Die Söhne Joh. Seb. Bachs" findet am 28. April, abends 8 Uhr, im Klindworth-Scharwenka-Saal statt. — Rudolf Polk gibt am 28. April seinen fünften Geigenabend.

a. s. Annie v. Schendel-Brabenetz stellte den kühlen Wandbildern und farbigen Malerträumen in der Neuen Freien Sezession das Lebensgemälde einer leidenschaftlichen Frau von abenteuerlicher Schicksalsbuntheit in ihrer Novelle „Meine Liebe" entgegen. Das Klima einer ewig tropischen Eroslandschaft wird hier heiß versinnlicht, der Blutstrom der Begierden rauscht auf, und in der gewissenhaften Sorgfalt der offenbar der Wirklichkeit nachgestrichelten Einzelzüge erscheinen äußere und innere Haltung dieser Evatochter, Gang und Gebärde, etwa die Art, wie sie zu ihrem Spiegel schreitet und in reizvoller Selbstverspottung und zugleich mit echter Genußfreude die Kleidsamkeit eines neuen Hutes und seine Wirkung auf neue Männerliebesgunst erprobt, mit Stilanmut eingebannt. So wird auch die Luftschicht um diese Frau fühlbar, die ihr voreheliches Kind und ihre Pflichtliebe zu ihrem Gatten in den Armen ihres „wahren", zuletzt jedoch als Schurke von ihr entpuppten Geliebten zu vergessen sucht, und es erhöht den Wert dieser von ihrer Dichterin mit heimlich aufzitterndem Empfindungston eigenster menschlicher und künstlerischer Anteilnahme vorgetragenen Novelle, daß sie außer ihren süßen Boudoiressenzen auch die scharfen Arome kritischer Geistigkeit, einer sich selbst und die Gesellschaft bitter ätzenden Ironie in sorgsam dosierter Reiz- und Beizkraft pflegt.

Hermann Sudermann fand im Sitzungssaal des Herrenhauses als Gast des Deutsch-litauischen Memelbundes, der für die besonderen Landschaftsreize und für die Gestaltenbodenständigkeit der „Litauischen Geschichten" des Dichters eine natürliche Empfänglichkeit und eine heimatlich geschulte Nachprüfungsschärfe besitzt, zahlreiche aufmerksame und gefühlsverbundene Hörer. Besonders die vom Dichter schlicht und mit nachschwingendem Empfindungston übermittelte Novelle „Bumbullis", in der ein Arbeiterkind von dem reumütigen Töter seines Vaters liebevoll gepflegt wird, erweckte starken seelischen Widerhall. Auf die Dankworte des Vorsitzenden an den Dichter für seine uneigennützige Vorlesung zum Besten der Memellandspende erwiderte dieser mit dem Wunsch, daß Deutsche und Litauer wiederum Seelennachbarn würden, und daß das deutsche Volk nach allen Wirrnissen politischer Verstrickungen endlich Frieden und Freiheit finden möge.

** **Schönberg, Busoni und Adolf Busch**, das sind die Programmpfeiler des dritten Orchesterabends der Internationalen Gesellschaft für neue Musik (nächsten Freitag in der Philharmonie). Busoni hat zwei Orchestergesänge vollendet, das Zigeunerlied und Mephistos Flohlied von Goethe, die Helgers singen wird. Busch selbst wird erstmals nach allzu langer Pause in Berlin, und zwar sein eigenes Violinkonzert spielen. Werner Wolff, der Dirigent des Abends, führt als sinfonisches Hauptwerk Schönbergs Pelleas und Melisande auf, das Berlin seit der Aufführung durch Klemperer nicht gehört hat. Eine Ouvertüre zu Büchners Leonce und Lena (des Hamburger Tonkünstlers Müller-Hartmann) ist Auftakt des interessanten Abends.

Abend-Ausgabe
Mittwoch, den 25. April 1923

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Beiblatt * Nr. 194
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

* Ratschläge zur Aufstellung der Steuerbilanzen.

Von

Hugo Meyerheim (Berlin-Grunewald).

Während der Kaufmann es früher für seine Pflicht hielt, die nach dem Handelsgesetzbuch aufgestellte Bilanz unverändert als Grundlage seiner Steuererklärung zu verwenden, ist er durch die neue Steuerreform und ganz besonders durch das „Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen“ gezwungen, neben der kaufmännischen Bilanz auch Steuerbilanzen anzufertigen. Wie dies im Anschluss an die kaufmännische Bilanz zwecks der im April 1923 abzugebenden Erklärungen am leichtesten geschehen kann, soll in nachstehendem entwickelt werden. Der Zusammenhang beider Bilanzarten ist deshalb für den Steuerpflichtigen von Bedeutung, weil nach § 208 der Abgabenordnung ordnungsmässige Bilanzen die Vermutung der Richtigkeit für sich haben und dem Steuerpflichtigen nach § 205 der Abgabenordnung der Nachweis der Richtigkeit seiner Steuererklärung obliegt.

1. Die Steuerbilanz zur Einkommen- und Körperschaftssteuer-Veranlagung.

„Die Bestände an Erzeugnissen, Waren und Vorräten“ (eine merkwürdige Aufzählung im Gesetz. Kaufmännisch ausgedrückt, handelt es sich um Rohmaterialien, Halbfabrikate und Verkaufsartikel. Diese sind in der Inventur spezifiziert. Werden sie dort mit laufenden Nummern versehen, so kann in einer Sonderberechnung das Quantum jeder Nummer dem Geldentwertungsgesetz entsprechend zu zwei Dritteln mit dem Inventurwerte der vorhergehenden Bilanz und zu einem Drittel mit 40 pCt. des Marktwertes am diesmaligen Bilanzstichtage berechnet werden. Bedingung ist natürlich, dass der Inventurwert den steuerlichen Bewertungen entspricht, die sich bisher im allgemeinen mit den kaufmännischen (Gestehungskosten oder geringerer gemeiner Wert) deckten. Unter Marktwert wird man den gemeinen Wert, nämlich den Preis verstehen können, zu dem sich der Gegenstand in der vorhandenen Menge im allgemeinen voraussichtlich veräussern liesse (vgl. auch § 138 der Abgabenordnung).

„In gleicher Weise sind auch die vorrätigen Devisen zu berechnen, wenn die Art des Geschäftbetriebes die ständige Beschaffung von fremden Zahlungsmitteln erfordert und bei der Steuererklärung diese Vergünstigung beantragt wird. Dagegen können die Wertpapiere, soweit sie zum Betriebsvermögen gehören, nach wie vor zum Anschaffungspreise oder, wenn der Kurs am Bilanzstichtage niedriger ist, zu diesem berechnet werden. Man könnte zwar die Wertpapiere des Betriebsvermögens als „Vorräte“ bezeichnen. Dass der Gesetzgeber dies aber nicht gewollt hat, geht aus dem Schlusssatze § 33a Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes hervor, denn sonst hätte er auch die fremden Zahlungsmittel zu den Vorräten gerechnet. Zu dem Ergebnis dieser Sonderberechnung sind dann die übrigen Aktivposten (Aussenstände, Kassenbestand und sonstigen Wertgegenstände) mit Ausnahme der sogenannten Anlagegegenstände laut Inventur hinzuzurechnen.

Die Anlagegegenstände sind nicht etwa die Kapitalsanlagen, sondern die Gebrauchsgegenstände (Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Regale und sonstige Einrichtungsgegenstände sowie Patente). Die Anlagegegenstände nutzen sich mit der Zeit ab bzw. verlieren an Wert; deshalb ist jährlich eine Absetzung zulässig, die der Lebensdauer des Gegenstandes entspricht. Wird nun der Gestehungspreis des Anlagegegenstandes als Aktivum in die Steuerbilanz eingesetzt, so kann als Passivum das 999fache der zulässigen jährlichen Absetzung eingestellt werden, wenn der Gegenstand vor 1917, das 499fache, wenn er in der Zeit von 1917 bis 1919, und das 79fache, wenn er in der Zeit von 1919 bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres angeschafft oder im Betriebe hergestellt wurde. Ist indessen der gemeine Wert niedriger als der Betrag der Gestehungskosten abzüglich der Absetzung, so ist dieser als Aktivum zu verwenden. Dann dürfen aber Absetzungen nicht mehr vorgenommen werden.

Unter den Passiven sind in der Steuerbilanz aufzuführen: Absetzungen für Ausfälle bei Aussenständen als Delkredere (vergl. die Entscheidungen des Reichsfinanzhofes vom 4. Oktober und 2. Dezember 1921), ferner Abschreibungen auf den Gesamtwert des Unternehmens, wenn dieser durch irgend welche Umstände nicht der Differenz zwischen den vorhandenen Mitteln und dem Werte der zulässigen Absetzungen einschliesslich des Fremdkapitals entspricht (vergl. § 137 A. O.). Absetzungen über die steuerliche Bewertung hinaus, also z. B. Abschreibungen bis auf 1 M., die etwa in der kaufmännischen Bilanz enthalten sind, dürfen in die Steuerbilanz nicht übernommen werden, weil diese Bewertung dem gemeinen Werte nicht entspricht. Sind in den kaufmännischen Bilanzen die abzugsfähigen Steuerschulden nicht berücksichtigt, so können diese in die Steuerbilanz als Passivposten eingesetzt werden. Sie entstehen mit dem Steuerstichtage (§ 81 A. O.) selbst dann, wenn ein Steuerbescheid noch nicht erfolgt ist. Auch dürfen Verluste, deren Eintritt am Bilanzstichtage bereits als wahrscheinlich angenommen werden kann, als transitorische Posten (antizipierte Verluste) unter die Passiven eingestellt werden.“

2. In der Steuerbilanz zur Vermögenssteuer und Zwangsanleiheveranlagung

sind die Bewertungen nach den Bewertungsrichtlinien des Reichsministers der Finanzen vorzunehmen. Danach sind Anlagegegenstände, die angeschafft oder hergestellt wurden: vor 1917 mit 2400 pCt. und in der Zeit von 1917—1919 mit 1800 pCt. des Notopferbetrages oder im Jahre 1920 mit 240 pCt. der Kosten, im Jahre 1921 mit 160 pCt. der Kosten, in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1922 mit 120 pCt. der Kosten und später mit 80 pCt. der Kosten in Ansatz zu bringen.

Grundstücke, die zum Betriebsvermögen und nicht Wohnzwecken dienen, sind jedoch mit dem vierfachen Anschaffungspreise anzusetzen, wenn sie 1922 käuflich erworben sind. Wertpapiere sind mit dem Steuerkurse oder Steuerwerte bzw. mit 60 pCt. des Verkaufswertes zu bewerten. Bei ausländischen Wertpapieren ohne Inlandskurs erfolgt die Bewertung nach C I Nr. 3 der Richtlinien. Handelt es sich aber um dauernde Beteiligungen mit mindestens 20 pCt. an dem gesamten Kapital eines anderen Unternehmens, so kann von den Steuerkursen den Umständen entsprechend abgewichen werden. Bezahlte Zwangsanleihebeträge sind nur mit 50 pCt. in Ansatz zu bringen, gleichgültig, ob die Bezahlung bar oder durch „die beim Notopfer erstattete und auf die Zwangsanleihe anzurechnende Kriegsanleihe“ erfolgte. Die Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigfabrikaten sowie Handelswaren sind mit 280 pCt. der Kosten zu bewerten, wenn sie vor dem 1. April 1922 angeschafft wurden, mit 160 pCt., wenn dies im zweiten und dritten Vierteljahr, und mit 80 pCt. der Kosten, wenn dies im letzten Vierteljahr 1922 geschah. Anlagegegenstände und Vorräte sind also nach dem Zeitpunkte der Kostenentstehung zu ordnen. Weist der Steuerpflichtige nach, dass die Bewertung zu hoch ist, so kann er auf Antrag niedrigere Werte annehmen. Hochwertige ausländische Zahlungsmittel und Forderungen sind zu dem Durchschnittskurse gemäss Richtlinien B. II Nr. 3 Abs. 2 unter Berücksichtigung der Aenderungen vom 6. März 1923 zu ermitteln.

3. Die Steuerbilanz zur Gewerbesteuerveranlagung.

Zu dieser kann zweifellos die Einkommensteuer bzw. Körperschaftssteuerbilanz verwendet werden. Nur ist zu beachten, dass in der Gewerbesteuerbilanz, wie sie für die Steuerpflichtigen Gross-Berlins erforderlich ist, die Schulden nicht enthalten sein dürfen, die zur Geschäftserweiterung (Hypotheken, Darlehnsschulden oder angeliehenes Geschäftskapital usw.) aufgenommen wurden, sondern nur die aus dem laufenden Geschäftsverkehre. Ferner ist als Aktivposten das 20fache des jährlichen Mietwertes für die in Gross-Berlin gewerblich benutzten Räume als Aktivposten einzusetzen (§ 4 Nr. 2 Gewerbesteuerordnung der Stadt Berlin).

Es ist selbstverständlich, dass der Steuerpflichtige die Steuerbilanzen mit den Abschriften der Steuererklärungen und dem Schriftwechsel in Steuersachen zusammen aufbewahrt. Um hier zu einer zweckmässigen Ordnung zu gelangen, empfiehlt es sich, nicht alle Steuerpapiere zu vereinigen, sondern für jede Steuerart eine Mappe zu verwenden und in dieser alle Schriftstücke zu numerieren. Sehr vorteilhaft erweist es sich, wenn hierzu sogenannte Steuerordner verwendet werden. Das sind Schnellhefter, denen ein Schema beigefügt ist, aus dem der Steuerpflichtige die Nummer des Schriftstückes und zugleich ersehen kann, für welche Zeit die Steuererklärung abgegeben ist, zu welchem steuerpflichtigen Betrage diese gelangt, auf welchen steuerpflichtigen Betrag dann die endgültige Festsetzung lautet, wieviel die Steuer beträgt und was darauf als Vorauszahlung, Nachzahlung und Abschlusszahlung geleistet wurde. Diese drei Zahlungsweisen kommen jetzt nach dem Geldentwertungsgesetz für die Einkommen- und Körperschaftssteuer in Anwendung, während bei der Umsatzsteuer bekanntlich Vorauszahlung und Abschlusszahlung zu leisten sind, die Nachzahlung also fortfällt.

*** Die Devisenkonten bei den Banken.** Kürzlich hatten wir an Hand der Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft darauf hingewiesen, dass die Devisenverrechnungskonten bei dieser Bank den doppelten Betrag der Papiermarkeinlagen erreicht hätten, und dass der Goldmarkwert dieser Devisenverrechnungseinlagen gegenüber der Bilanz des Vorjahres auf das 2½fache gestiegen sei. Im Reichstage hat sich nun vor einigen Tagen zwischen dem Abgeordneten Robert Schmidt und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker eine Debatte über die allgemeinen Schlüsse entsponnen, die aus diesen Zahlen zu ziehen seien. Der Reichswirtschaftsminister meinte, die Berliner Handelsgesellschaft sei keine typische Bank, sondern ein Institut, das nur die ganz grossen Geschäfte mit den grossen Konzernen mache, die schon nach ihrem Aufbau verhältnismässig viel mehr Devisen aufnehme als Guthaben ihrer Kunden in Papiermark. Die Zahlen der Berliner Handelsgesellschaft seien demnach als Unterlagen für das Ueberwiegen der Deviseneinlagen über die Papiermarkeinlagen nicht glücklich gewählt. Diesen Darlegungen gegenüber möchten wir auf Grund durchaus zuverlässiger Erkundigungen bei anderen Grossbanken, und zwar auch solchen, die als ausgesprochene Depositenbanken über grosse Filialnetze verfügen sowie in erster Linie mit der kaufmännischen Klein- und Mittelkundschaft arbeiten, feststellen, dass bei den meisten dieser Depositenbanken die Dinge nicht viel anders liegen wie bei der Berliner Handelsgesellschaft. Auch bei den Depositenbanken haben die Deviseneinlagen, in Papiermark umgerechnet, den Umfang der reinen Papiermarkeinlagen zum Teil erheblich überstiegen, desgleichen hat sich der Goldmarkwert der Deviseneinlagen gegenüber dem Vorjahre ganz beträchtlich gesteigert. Vielleicht ist diese Entwicklung bei manchen Depositenbanken nicht ganz so stark gewesen wie bei der Berliner Handelsgesellschaft, aber sie zeigt doch weitgehend dieselben Merkmale. Die Devisenbestandaufnahme wird zweifellos, wenn nicht in der Zeit zwischen ihrer Ankündigung und ihrem Vollzuge Verschiebungen der Devisenkonten erfolgen, dieses Bild bestätigen. Um solche Verschiebungen kenntlich zu machen, ist es notwendig, dass die Devisenbestandaufnahme auf einen Zeitpunkt zurückdatiert wird, in dem die Massnahmen der Regierung noch nicht angekündigt waren, also etwa auf den 1. April. Wie wir hören, wird dies auch beabsichtigt. Im übrigen muss darauf hingewiesen werden, dass die Grösse der kaufmännischen Unternehmungen noch keineswegs entscheidend für ihr Bedürfnis nach Devisenanlagen zu sein braucht. Kohlenbergwerke z. B. haben einen solchen legitimen Bedarf überhaupt nicht oder nur in ganz geringem Umfange während gerade bei manchen mittleren Betrieben, die z. B. Textilrohstoffe einführen müssen, der Bedarf prozentual weit grösser sein kann als bei manchen an sich weit umfangreicheren Konzernen. Häufig wird es allerdings vorkommen, dass gerade die großen Unternehmungen ihren Devisenbesitz nicht bei inländischen, sondern direkt bei ausländischen Banken oder bei ausländischen Tochtergesellschaften führen lassen. In solchen Fällen würde allerdings die Bestandaufnahme, soweit sie auf die Konten der deutschen Banken zurückgreift, kein zuverlässiges Bild geben.

*** Der Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm** bringt, wie wir bereits berichtet haben, für das Geschäftsjahr 1922 eine Dividende von 100 pCt. auf die Stammaktien (i. V. 25 pCt.) und von 105 pCt. (30) auf die Vorzugsaktien in Vorschlag. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung u. a.: Die Förderung betrug 1 023 499 To. (gegen 1 028 692 To. im Jahre 1921). Die Koksproduktion erhöhte sich auf 315 120 To. (310 810). In gleicher Weise ist eine Vermehrung in der Leuchtgaserzeugung aufzuweisen; sie betrug 18 538 972 cbm (17 787 125). Auch weist die Gewinnung von Ammoniak und Teererzeugnissen eine kleine Erhöhung auf, während die Gewinnung der Benzolprodukte durch den Fortfall der Ende 1921 abgebrochenen 25 Koksöfen auf Neucöln eine geringe Einbusse erlitten hat. Mit dem Rückgang der Kohlenförderung machte sich gleichzeitig ein weiterer, wenn auch unwesentlicher Rückgang im Effekt bemerkbar. Im Jahre 1921 betrug derselbe im Durchschnitt 0,669 pro Mann und Schicht, während derselbe sich im Berichtsjahre auf 0,667 im Durchschnitt verminderte. In der Bilanz sind Vorräte mit 20,9 Mill. M. (9,14), Guthaben mit 2577 Mill. M. (57,9), Kreditoren mit 2223,3 Mill. M. (49,1) ausgewiesen.

*** Eisenhüttenwerk Thale Akt.-Ges.** Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung von 0,1 pCt. Goldmark-Dividende, umgerechnet zum Kurse von 1 Goldmark = 5000 Papiermark. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Generaldirektor Dr. Rudolf Brennecke (Gleiwitz O.-S.) und Henry Rothschild (Frankfurt a. M.).

*** Zu den Unterschlagungen bei der Rathenower Dampfmühlen-Akt.-Ges.**, die zur Entfernung des leitenden Direktors Veranlassung gegeben haben, erfahren wir von zuverlässiger Seite, dass es sich, wie es bisher den Anschein hat, um entwendetes Getreide im Werte von mehreren Milliarden M., das der Reichsgetreidestelle gehörte, handelt. Die Prüfung der Bücher und Bestände ist augenblicklich im Gange, so dass vorläufig Abschliessendes nicht gesagt werden kann. Jedenfalls steht fest, dass die unberechtigten Verkäufe der zum Vermahlen bestimmten Getreidebestände in ziemlich kurzer Frist erfolgt sein müssen, da die Reichsgetreidestelle üblicherweise häufig Stichproben bei den Mühlen vorzunehmen pflegt und die Manipulationen ihr sonst nicht entgangen wären. Die Aktien der Rathenower Dampfmühlen werden erst seit Oktober an der Berliner Börse gehandelt. Die Vermahlungskapazität der Mühle beträgt etwa 35 000 To. im Jahre, die Lagerräume umfassen 4000 To. Vor dem Bekanntwerden der Unterschlagungen hielt sich der Aktienkurs an der Berliner Börse auf 30 000 M., ist jedoch seitdem ständig gestrichen gewesen, und zwar auf Veranlassung der Emissionsbank. Wie wir hören, wird die Reichsgetreidestelle in Zukunft die Mühlen noch schärfer als bisher kontrollieren.

 # Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co. Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 1000 pCt. auf die Stammaktien und 6 pCt. auf die Vorzugsaktien fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 17 Mill. M. Stammaktien auf 30 Mill. M. Hiervon werden den bisherigen Aktionären 4,5 Mill. M. im Verhältnis von 2:1 zum Bezuge angeboten, während 6,5 Mill. M. im Interesse der Gesellschaft verwendet werden sollen. Die restlichen 6 Mill. M. mit 25 pCt. einzuzahlender Stammaktien sollen zum Schutze gegen Ueberfremdungsgefahr dienen. Den bereits bestehenden 4 Mill. M. Vorzugsaktien wird ein dreifaches Stimmrecht eingeräumt. Bankdirektor Wilhelm Kleemann in Berlin wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist die Gesellschaft zurzeit genügend mit Aufträgen versehen, im übrigen lasse sich angesichts der unübersichtlichen allgemeinen Lage Zuverlässiges nichts voraussagen.

□ Preussische Lebensversicherungs-Akt.-Ges. — Berlinische Lebensversicherungs-Akt.-Ges. Die ausserordentlichen Generalversammlung der beiden Gesellschaften stimmten den Anträgen der Verwaltungen auf Verschmelzung der beiden Unternehmungen zu und beschlossen, nunmehr „Vereinigte Berlinische und Preussische Lebensversicherungs-Akt.-Ges. in Berlin“ zu firmieren. Die bisherigen Aktionäre der „Preussischen“ erhalten im Austausch Aktien der „Berlinischen“; der Austausch erfolgt im Verhältnis von 1:1. Zu diesem Zweck und zur Stärkung der Betriebsmittel erhöht die „Berlinische“ ihr Aktienkapital um 21 Mill. M., wobei den Aktionären der vereinigten Gesellschaften 12 Mill. M. neue Aktien im gleichen Verhältnis von 1:1 zum Bezuge angeboten werden sollen. Dabei sind auf jede Aktie 25 pCt. einzuzahlen und ein Aufgeld von 75 pCt., woraus 10 pCt. der Kapitalreserve und 65 pCt. dem Organisations- und Betriebsfonds zugeführt werden. Aus den Verwaltungsorganen der beiden Gesellschaften wurden Aufsichtsrat und Vorstand der neuen Gesellschaft gebildet.

*** Leipziger Hypothekenbank.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 8 pCt. fest und genehmigte den Anschluss des Instituts an die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken mit Wirkung vom 1. Januar d. J. Ferner beschloss die Versammlung die Kapitalerhöhung um weitere 2 Mill. M. auf 24 Mill. M. durch Ausgabe von 2 Mill. M. für 1923 voll dividendenberechtigte Stammaktien. Diese übernimmt ein der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken nahestehendes Konsortium zum Kurse von 500 pCt. Im Zusammenhang damit wird die in der ausserordentlichen Generalversammlung vom Februar beschlossene Ausgabe neuer Aktien dahin geändert, dass das Bezugsrecht im Verhältnis 4:1 zu 500 pCt. festgesetzt wird. 1 Mill. M. neue Aktien sollen im Interesse der Gesellschaft verwertet werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde C. Degenhardt, Präsident der Sächsischen Staatsbank in Dresden, Justizrat Dr. Albert Katzenellenbogen, Geheimer Justizrat Dr. Oswald, Konsul Wilhelm I. Weissel von der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt.

*** Einlösung der ungarischen Prämien-Anleihe von 1870.** Die Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen, Berlin, teilt mit, dass das ungarische Finanzministerium laut eines an die Schutzvereinigung gerichteten Erlasses die Einlösung der in Deutschland befindlichen Obligationen dieser seit dem 15. Mai 1920 gänzlich verlosten Anleihe durch die ungarische Staatszentralkasse in Budapest angeordnet hat. Die Einlösung erfolgt ohne Prüfung der Staatsangehörigkeit der Eigentümer. Mit der Vermittlung des Inkassos ist ausschliesslich die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, beauftragt worden. Die Stücke sind dort einzureichen.

*** Englische Kohlenausfuhr.** Die Kohlenausfuhr Englands im März d. J. betrug 7 180 102 To. im Werte von 8 815 841 Pfd. Sterl. gegen 5 201 235 To. im Werte von 5 785 500 Pfd. Sterl. im Jahre 1922. Von dieser Kohlenmenge wurden 1 836 399 To. im Werte von 2 339 835 Pfd. Sterl. nach Deutschland ausgeführt gegen 477 718 To. im Werte von 442 255 Pfd. Sterl. im Jahre 1922.

Der heutige Börsenruhetag.

Dollar ca. 30000.

Die Ankündigung, dass die Verordnung, die u. a. auch eine Bestandsaufnahme des Devisenbesitzes vorsieht, noch in dieser Woche veröffentlicht werden soll, hatte zur Folge, dass heute einiges Material am Devisenmarkt herauskam, das das Kursniveau etwas, wenn auch nicht bedeutend, drückte. Im freien Vorbörsenverkehr wurden noch etwa die gestrigen Kurse genannt, so der Dollar mit etwa 30 300—30 500, England mit 141 000—141 500 und Holland mit 11 900. Später wurden auch Blankoabgaben vorgenommen, so dass im Freiverkehr an der Börse der Dollar mit etwa 30 000 zu haben war. Bemerkenswert war die Festigkeit der Ostdevisen, so gingen Kosciusko-Noten mit 62 à 69 à 67, Auszahlung Warschau mit 62½ à 69¼ à 67½ um. Auszahlung Reval wurde mit 86 und Riga mit 115 genannt. Der amtliche Kurs für **Kabelauszahlung New-York** stellte sich auf **29 825,25 G., 29 974,75 B.** — Aus dem Auslande lagen folgende Markmeldungen vor: Amsterdam 0,00.85, Zürich 0,01.80, Kopenhagen 0,01.78, Stockholm 0,01.22, London 138 000. — Für Effekten lag zwar wieder etwas Nachfrage vor, jedoch entwickelte sich kein irgendwie nennenswertes Geschäft. Fester waren besonders Montanwerte, so Laura, wie es heisst auf Wiener Rechnung. Man vermutet, dass Bosel weitere Aufkäufe vornimmt. Auch Oberbedarf, Mannesmann und Rombacher waren zu etwas höheren Kursen gefragt. Schiffahrtsaktien gingen zu den gestrigen Kursen um. Für Dollarschatzanweisungen war ein Kurs von 26 000 bis 27 000 zu hören.

Bankdiskont		Devisen 25.4. G	Brief	Devisen 24.4. G	Brief	Banknoten 25.4. G	Brief	Banknoten 24.4. G	Brief
18	Deutschland								
4	Holland .... 1 Gulden	116705	117295	117705	118295	116455	117042	117730	118295
5	Dänemark .. 1 Krone	563587	566413	563587	566413	561090	563910	5586	5614
4½	Schweden .. 1 Krone	795506	799494	7980	8020	793010	796990	793010	796990
5	Norwegen .. 1 Krone	531168	533832	531168	533832	527675	530325	531165	533835
8	Finnland ... 1 Mark	82593	83007	85386	85814			85585	86015
3	Schweiz .... 1 Franc	544136	546864	549622	552378	543135	545865	551115	553885
—	Argentinien. 1 Peso	108627	109172	109226	109773				
9	Dt.-Oesterr.. 100 K.	4159	4181	4284	4306			4155	4165
—	Ungarn .... 1 Krone	548	552	561	565			483	487
5	Tschechosl. . 1 Krone	88977	89423	90972	91428	88425	88875	50570	90980
5	Spanien .... 1 Peseta	455857	458143	463837	466163	456855	459145	453835	456165
4½	Amerika ... 1 Dollar	29825¼	29974¾	301743	303256	301743	303256	30523¼	30776¾
5½	Belgien .... 1 Franc	174562	175438	174063	174937	173565	170435	171460	174940
3	England ... 1 Pfd. St.	138652	139347	139650	140350	138652	139347	139650	140350
5½	Frankreich . 1 Franc	202991	204009	201993	203007	202990	204010	201990	203010
5½	Italien ..... 1 Lire	146632	147308	149625	150375	146630	147370	150620	151380
6½	Bulgarien .. 1 Leva	21845	21955	22443	22557			22540	22660
—	Rumänien .. 1 Lei							14560	14740
—	Jugoslawien 1 Dinar	30423	30577	30623	30777			30420	30580
—	Japan ..... 1 Yen	13965	14035	13940	140096				
—	RiodeJaneiro 1 Milreis	3192	3208	326601	328319				

*** Berliner Produktenverkehr.** Während gestern nachmittag im Produktenverkehr noch ziemlich ansehnlicher Umsatz bei fester Tendenz stattfand, zeigte sich heute bei wenig Veränderung des Devisenmarktes grössere Vorsicht der Unternehmungslust und stilles Geschäft auf der ganzen Linie. Weizen war wohl für Mühlen noch gefragt, doch war nicht viel Material im Markt, und die geforderten Preise liessen sich schwer durchsetzen. Für Roggen hat die Kauftätigkeit der Reichsgetreidestelle für Inlandsware zunächst aufgehört, und auch von Nachfrage für Roggen gegen Gerstentausche ist nichts mehr zu hören. Mühlen bekundeten gestern für Roggen dagegen etwas mehr Begehr, hielten heute aber zurück. Auslandsroggen wird von der Reichsgetreidestelle dauernd gekauft. Gerste und Hafer blieben still, und für Mais zeigte sich allgemein wenig Interesse. Auch Mehl war ruhiger. Futterstoffe weniger gefragt.

*** Die amtlich notierten Preise** waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 60 000—62 000, schlesischer 61 000. Still. Roggen, märkischer 50 000—49 000. Abgeschwächt. Sommergerste, märkische 47 000—48 000. Still. Hafer, märkischer 47 000 bis 48 000, pommerscher 46 000—47 000. Still. Mais loko Berlin 55 000—56 000. Unverändert. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 165 000—180 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Unverändert. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 145 000—150 000. Unverändert. Weizenkleie 28 000—29 000, Roggenkleie 29 000—30 000. Stetig. Raps 110 000—115 000. Stetig. Leinsaat 110 000—115 000. Stetig. Erbsen, Viktoria 85 000—88 000, kleine Speiseerbsen 63 000—68 000, Futtererbsen 50 000—65 000. Peluschken 60 000 bis 65 000. Ackerbohnen 48 0000—54 000. Wicken 60 000—65 000. Lupinen, blaue 60 000—70 000, gelbe 85 000—95 000. Serradella 125 000—140 000. Rapskuchen 42 000. Leinkuchen 65 000—70 000. Trockenschnitzel 17 000—19 000. Vollwertige Zuckerschnitzel 25 000—26 000. Torfmelasse 30/70 17 000—18 000. Kartoffelflocken 27 000—28 000.

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Grosshandelspreise pro 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 16 000 bis 18 000 M., desgl. Haferstroh 13 000—15 000 M., desgl. Gerstenstroh 12 500 bis 14 500 M., Roggenlangstroh 17 000—18 000 M., bindfadengepr. Roggen- u. Weizenstroh 16 500—17 500 M., loses Krummstroh 11 500—13 500 M., Häcksel 21 500—22 500 M., handelsübliches Heu 14 000—16 000 M., gutes Heu 16 000—18 000 M.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in M.)	25. April	24. April
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz: Elektrolytkupfer wire bars (für 1 kg in M.)	11614	11440
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt. April	9600—9700	9800—10100
Originalhüttenweichblei	8550—8650	8650—8750
Originalhüttenrohzink Preis im freien Verkehr	4250—4450	4300—4500
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.) nominell (für 100 kg in M.)	476312	436181
Remelted-Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	3600—3700	3600—3800
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	13670	—
desgl. in Walz- und Drahtbarren, 99 pCt.	13750	—
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	30600—31000	30300—30800
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	30000—30400	29600—30100
Reinnickel, 98—99 pCt.	16000—16400	16300—16700
Antimon-Regulus	3850—3950	3900—4000
Silber in Barren ca. 900 fein	620000-625000	635000-645000

*** London**, 24. April. Die heute beginnende Wollauktion erfreute sich lebhaften Zuspruchs. Das Angebot betrug 12 094 Ballen, die lebhaft von inländischen, kontinentalen und amerikanischen Kauflustigen begehrt wurden. Im Vergleich zu den im März bezahlten Preisen erfuhren Merinos eine Steigerung von 5—7½ pCt., feine Kreuzzuchten 5 pCt.; mittlere und grobe 10 pCt.; Kapwolle 10—15 pCt.

Neusüdwalessches Oberlandesgericht, Neu-Süd-Wales.
Nachlassabteilung.

Betr. den Nachlass von **Johanna Louise Charlotte Ezold,** geborene **Diener,** letzte Adresse Nambucca River im Staate Neu-Süd-Wales, Witwe, ohne Testament gestorben. Zufolge des Nachlass- und Verwaltungsgesetzes von 1898 wird es hierdurch bekanntgemacht, dass alle Gläubiger oder andere Personen, welche ein Recht oder einen Anspruch haben auf oder in bezug auf den Nachlass der obenerwähnten Gestorbenen, die am 12. Juni 1920 starb, und deren Erbschaft am 28. August 1921 durch das Neusüdwalessche Oberlandesgericht dem öffentlichen Verwalter zur Verwaltung übertragen wurde, hierdurch ersucht werden, schriftlich ausführliche Anzeige ihrer Ansprüche dem obenerwähnten öffentlichen Verwalter vor dem 31. Dezember 1923 zu erstatten. Nach Verlauf dieser Frist wird der öffentliche Verwalter den Nachlass der erwähnten Gestorbenen nur unter die Personen, deren berechtigte Ansprüche ihm bekannt sind, verteilen. Es wird weiter hierdurch bekanntgemacht, dass gegen die Personen, deren Ansprüche ihm nicht angezeigt wurden, der öffentliche Verwalter für den verteilten Nachlass oder für dessen Teile keine Verantwortlichkeit anerkennen soll.

Bemerkung: Die Verwandten werden ersucht, in ihren Mitteilungen an den Unterzeichneten in Beziehung auf ihren Nachlassanteil folgende Auskünfte zu geben:

1. Namen der Gestorbenen,
2. Datum und Ort ihrer Geburt,
3. Vor- und Zunamen ihrer Eltern, und wenn sie schon gestorben sind, Datum und Ort ihres Todes,
4. Namen ihrer Geschwister, wenn solche vorhanden sind, und wenn sie schon gestorben sind, Datum und Ort ihres Todes.
5. Ausführliche Auskunft über die Verwandtschaftsverhältnisse mit der Gestorbenen.

T. W. Garrett, öffentlicher Verwalter,
The Public Trust Office,
Culwulla Chambers,
67 Castlereagh Street,
Sydney.

Prisengerichts - Verkäufe.

Brief- und Paketpostsendungen.

Verschiedene Waren, aus Musikbüchern und anderer Literatur bestehend, die von der Brief- u. Paketpost durch die Wiedervergeltungs-Verfügung konfisziert und der Beschlagnahme durch den Erlass des Prisengerichts verfallen sind, sollen von dem Gerichts-Marschall durch freihändigen Verkauf oder auf anderem, ihm passend erscheinendem Wege am und nach **Donnerstag, den 31. Mai,** verkauft werden. Alle Anfragen sind zu richten an den **Admiralty Marshal, Royal Courts of Justice, London W. C. 2, England.**

Auf Grund der Kapitalserhöhungsbeschlüsse in der ordentlichen Generalversammlung vom 28. März 1923 soll den Inhabern der alten Stammaktien ein Bezugsrecht in der Weise eingeräumt werden, **dass auf je Mk. 2000.— alte Stammaktien eine neue, vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigte Stammaktie über Mk. 1000.— zum Kurse von 1100% zuzgl. 100% Pauschalabgeltung für die Bezugsrechtssteuer und Schlussscheinstempel bezogen werden kann.**

Nachdem die durchgeführte Kapitalserhöhung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir unsere Aktionäre auf, das **Bezugsrecht** bei Vermeidung des Ausschlusses **bis einschliesslich 12. Mai 1923**

in Berlin: bei der **Dresdner Bank,**
„ dem **Bankhause S. Bleichröder,**
„ Breslau: „ der **Dresdner Bank, Filiale Breslau**

während der üblichen Geschäftsstunden unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Bei Ausübung des Bezugsrechts sind die alten Aktien ohne Zinsscheinbogen mit Nummernverzeichnis und Anmeldeschein, wofür Formulare bei den Bezugsstellen erhältlich sind, zur Abstempelung einzureichen. Die alten Aktien werden abgestempelt alsbald zurückgegeben.
2. Für jede neue Aktie ist der Betrag von **Mk. 11 000.— zuzüglich Mk. 1000.— für Pauschalabgeltung der Bezugsrechtssteuer sowie zuzüglich Schlussscheinstempel in bar zu entrichten.** Die neuen Aktien gelangen nach Fertigstellung bei den Bezugsstellen zur Ausgabe.
3. Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt provisionsfrei, wenn das Bezugsrecht am Bankschalter ausgeübt wird. Geschieht sie im Wege des Briefwechsels, so wird die übliche Provision in Ansatz gebracht.
4. Die Bezugsstellen vermitteln den Ankauf fehlender und den Verkauf überschüssiger Bezugsrechte.

Breslau, den 21. April 1923.

Huta Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft.
Bechtel.

E. Galmann
Bankgeschäft
Wertpapiere
Beratung und
Verwaltung
Zinsscheine
« Devisen »
Hamburg
Neuer Wall 101.

Liköre.

Ca. 500 Flaschen Marke **Coneven,**
300 Flaschen **Schw. Kirschwasser,**
230 Flaschen **Vermouth,** Marke Gazzolo,
preiswert abzugeben.
Jacob Hau, Durlach (Baden).

Schlämmkreide.
Hans Theilig, Berlin SW. 61.*

Bergmann-Elektricitäts-Werke,

Aktiengesellschaft, Berlin N.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am 26. Mai ds. Js. mittags 12 Uhr, im Verwaltungsgebäude unserer Gesellschaft (Berlin N. 65, Eingang Ecke Oudenarderstrasse und Seestrasse) stattfindenden Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts nebst Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1922.
2. Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Erteilung der Entlastung für den Vorstand und den Aufsichtsrat.
4. Aufsichtsratswahl.
5. Beschlussfassung über teilweise Selbstversicherung.

Laut § 21 unserer Statuten werden diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, ersucht, ihre Aktien oder den darüber ausgestellten Depotschein der Reichsbank nebst doppeltem Nummernverzeichnis spätestens am 5. Tage vor dem Versammlungstage bei dem Vorstand oder bei einer der nachbenannten Depotstellen:

in Berlin:
bei der Deutschen Bank,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
bei der Darmstädter- und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
bei der Bank des Berliner Kassenvereins (nur für die Mitglieder des Giroeffektendepots),

in Cöln a. Rhein:
bei der Deutschen Bank, Filiale Cöln a. Rh.,
bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, A.-G.,

in Dresden:
bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Abteilung Dresden,
bei der Deutschen Bank, Filiale Dresden,

in Frankfurt a. Main:
bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt,

in Hannover:
bei der Hannoverschen Bank, Filiale der Deutschen Bank,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Hannover,
bei der Darmstädter- und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Hannover,

in München:
bei der Deutschen Bank, Filiale München,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale München,

zu hinterlegen. Es genügt auch die Hinterlegung bei einem Notar.

Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche bis zum 3. Tage vor dem Versammlungstage von den Depotstellen auf Grund der bei diesen oder beim Notar erfolgten Hinterlegung verabfolgt werden.

Juristische Personen und Handlungsunfähige können durch einen ihrer gesetzlichen Vertreter, Ehefrauen durch ihre Ehemänner an der Generalversammlung teilnehmen, auch wenn ihre Vertreter nicht Aktionäre sind. Im übrigen aber ist die Vertretung von Aktionären in der Generalversammlung nur durch schriftlich Bevollmächtigte gestattet.

Ueber die Anerkennung der Vollmachten, welche spätestens am 2. Tage vor der Generalversammlung dem Vorstand einzureichen sind, entscheiden bei etwa entstehendem Zweifel die in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrats.

Berlin, den 23. April 1923.

Bergmann-Elektricitäts-Werke,
Aktiengesellschaft
Der Vorstand:
Bergmann. Hissink. Steinert. Hülsenbeck.
Der Aufsichtsrat:
J. Pschorr, stellv. Vorsitzender.

6 proz. Roggenwertanleihe der Stadt Insterburg.

Stücke zu 1, 2 und 5 Ztr.

Zins- und Tilgungsdienst sichergestellt durch die in Roggenwerten eingehenden **Pachtsummen aus städtischen Gütern.**

Ausgabekurs M. 34500.— je Ztr.,

zuzüglich **6% Stückzinsen** vom 1. April bis zum Zahlungstage.

Zeichnungen nehmen entgegen:

Deutsche Bank Filiale Königsberg — Bank der Ostpreussischen Landschaft — Giro-Zentrale für Ost- und Westpreussen — Ostbank für Handel und Gewerbe
sämtlich in Königsberg i. Pr.

Fahrbarer **Elektro-Flaschenzug,** 1000 kg Tragkraft, 220 Volt, 7 Meter Hubhöhe, Fabrikat Demag, zu verkauf. **Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW. 19,** Jerusalemerstr. 46/9.*

30 to Bandeisen,
50 × 5 mm, in Stäben von ca. 5 m mit ca. 45 kg Festigkeit, ferner 15 to **Bandeisen,** 32 × 2 mm, warmgewalzt, in Ringen à 50 kg, **preiswert abzugeben.** Anfragen unter **J. W. 15866** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Große Posten
Herren-Anzüge preiswert z. verkauf. **Kornblum,** Linienstr. 223a.

Jetzt wieder hochaktuell!

Was ich in Frankreich erlebte

Von Victor Auburtin

Der ausgezeichnete Schriftsteller, der bei Beginn des Krieges durch die falsche Aussage eines Franzosen in Spionageverdacht geriet, schildert in diesem Buche mit feinsinnigem Humor und ergreifendem Ernst, wie verblendete Leidenschaft sehr viele Franzosen zu einer Haltung hinriss, die allen Geboten der Zivilisation widerspricht

Preis steif kartoniert Grundzahl 0,50 M. mal Schlüsselzahl (z. Z. 2500)

Rudolf Mosse, Abt. Buchverlag, **Berlin SW 68**

Die Bewegung der Rohstoffe in den Giessereien

ist eine wirtschaftliche Lebensfrage für alle Giessereien. Ausführliche Berichte über die jüngsten Fortschritte auf diesem Gebiete bringt das neueste Heft Nr. 10 des zwanzigsten Jahrgangs der

Giesserei-Zeitung

Zeitschrift für das gesamte Giessereiwesen
Organ des Vereins Deutscher Giessereifachleute (E. V.)
Organ des Gesamtverbandes Deutscher Metallgiessereien

Preis dieses Sonderheftes bei umgehender Bestellung, soweit Vorrat reicht, Mark 500.— postfrei

Zu beziehen gegen Einsendung des Betrages auf Postscheckkonto 324 (Firma Rudolf Mosse, Berlin)

Verlag der Giesserei-Zeitung
Berlin SW 19, Jerusalemer Strasse 46/49

Bayerische Vereinsbank

München-Nürnberg.

Bezugsangebot.

Auf Grund der Beschlüsse der ausserordentlichen Generalversammlung vom 1. März 1923 bieten wir namens des unter Führung des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Berlin stehenden Uebernahmekonsortiums Mk. 152 500 000.— neue, ab 1. Januar 1923 dividendeberechtigte Stammaktien, auf die das gesetzliche Bezugsrecht ausgeschlossen ist, den Stammaktionären der Bayerischen Vereinsbank in der Weise zum Bezuge an, dass auf

je nom. Mk. 2000.— bzw. Mk. 2400.— Aktien
je nom. Mk. 1000.— bzw. Mk. 1200.— neue Aktien

zum Kurse von **1000%** einschliesslich Bezugsrechtssteuer entfallen.

Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes in der Zeit **vom 25. April bis einschliesslich 15. Mai 1923** bei nachfolgenden Stellen auszuüben:

bei der **Bayerischen Vereinsbank** in **München** und „ **Nürnberg,** sowie bei ihren **Zweigniederlassungen,** ferner

in **Augsburg** bei dem Bankhause **Friedr. Schmid & Co.,**
in **Berlin** bei dem Bankhause **Mendelssohn & Co.,**
bei der **Deutschen Bank,**
bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**
bei dem Bankhause **E. L. Friedmann & Co.,**
in **Frankfurt a. M.**
bei dem Bankhause **Bass & Herz,**
bei dem Bankhause **Gebrüder Bethmann,**
bei der **Deutschen Bank Filiale Frankfurt a. M.,**
bei der **Deutschen Vereinsbank,**
bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,**
bei dem Bankhause **Lazard Speyer-Ellissen,**
bei dem Bankhause **Gebrüder Sulzbach,**
in **Köln** bei dem Bankhause **A. Levy,**
bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
in **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,**
bei der **Bayerischen Staatsbank,**
bei dem Bankhause **Merck, Finck & Co.,**
bei dem Bankhause **Moritz Schulmann.**

Hierbei sind die Aktien ohne Dividendenscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein behufs Abstempelung zu übergeben und

Mk. 10 000.— für jede zu beziehende Aktie zu nom. Mk. 1000.—,
Mk. 12 000.— für jede zu beziehende Aktie zu Mk. 1200.—

zuzüglich der Börsenumsatzsteuer bar einzubezahlen.

Der Bezug erfolgt an den Schaltern der Bezugsstellen provisionsfrei. Bei Ausübung des Bezugsrechtes im Korrespondenzwege wird die übliche Bezugsgebühr in Anrechnung gebracht.

Die Lieferung der neuen Aktien erfolgt nach Erscheinen.

München, Nürnberg, im April 1923.

Die Direktion.

Sigaretten-Kontingent kauft. Off. „Sg. 101" Ann.-Bür. Kl. Frankf. Str. 23/24.*

Trockene **Hobelspäne,** trockene **Säumlinge, Sägespäne** liefere laufend in Waggonladungen **Johann Härtel,** Neusalz a. O. Tel. 71. Telegr. Kohlenhärtel

Kugellager liefert, tauscht, kft. **Findling & Co.,** Königgrätzerstr. 70.*

Behälter, schmiedeeiserner, viereckig, 5 × 3,90 × 2 m, Inh. 39 cbm, Gew. ca. 4500 kg, gebraucht aber noch gut zu verwenden, verkauft **Bergschlossbrauerei Berlin S. 59.**

100 000 St. Maschinen- und Schlossschraub., 5000 Ko. eis. ∅ Drahtstifte 25/55, 2000 Ko. eis. ∅ Splinte, 2000 Ko. eis. Unterlegscheiben, 500 000 St. ovaleu.runde Asbestringe, Kupfer, Messing, Eisen, sehr preiswert zu verkaufen. **Pals & Probst,** Lübeck, Telegr. Werkzeugbedarf. Einer der Herren ist pers. am Freitag, d. 27. d. M. in Wilmersdorf, Welmarische Str. 12, Tel. Pfalzbg 9056 anwesend.

Herren-Stoffe · Gute Qual. Schöne Ausw.
RAGLANS ✱ SCHLÜPFER ✱ PALETOTS
Sakko-Anzüge
Gediegene Stoffe
Vornehmste und modernste Machart in grossen Quantitäten ab Lager **sofort** lieferbar zu sehr günstigen Preisen.
Fa. Alfred Kauf
Berlin W 30
Hohenstaufenstr. 13.
Auswahlsend. können nicht gem. werd. · Kein Muster-versand.

Engros. Export.
Verkaufe große Lagerposten;
Messing-Druckknöpfe,
Wäscheknöpfe,
Nadelwaren,
Bleistifte,
Partieposten Kleiderknöpfe
zu enorm günstigen Preisen.
Iwan Cohn, W. 35, Potsdamer Straße 108. Lützow 8451.

1000 Schutzhüllen
(aus Leder und Segeltuch), vielseitig verwendbar, billigst abzugeben. **Landlicht A.-G., Berlin SW 68,** Zimmerstr. 72/74.

Ca. 2500 Küchenuhren, ca. 150 Büruhren wegen Geschäftsaufgabe sehr preiswert zu verkaufen. Offerten unter **J. J. 21198** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Export!!
Strümpfe
Socken
Strickkrawatten
Trikotagen
grosse Lagerposten.
Alfred Hausdorff G. m. b. H.,
Berlin W. 8, Leipziger Str. 108, II.*

Tiegeldruck-Schnellpresse, fabrikn., verk. billig **Genken u. Co., Charlottenbg.,** Leibnizstr. 4. Wilh. 2745.

Großer Lagerposten
Macco-Einsatzhemden
preiswert abzugeben.
Albert Rosenthal, C. 2, Heiligegeiststr. 37.

Stets vorrätig
Amerikanische Journale
mit 16, 14, 12, 10, 9, 8, 5 Konten,
Loseblatt-Kontokorrente
Gebr. Scherf, Köpenicker Str. 108.

5 Spiegel 237 × 187
2 do. 219 × 147
in Goldrahmen sowie
2 doppelw. Senking Dampfkochkessel, 150 Ltr. Niederdruck, 0,28 Atm. wegen Umbau zu verkaufen. Angebote! **Volkshaus, Dresden.**

Drahtstifte
für Export, 12 Tons, rund, 18/35 bis 22/45, Pakete u. Kisten, cif Danzig.
Eisendraht
weich geglüht 2 bis 5 mm, 50 Tons ab Berlin durchschnittlich M. 1475 pro kg.
S. Brinitzer & Co.,
Berlin SW. 68, Schützenstr. 68.
Fernspr. Zentrum 912.

1 Exhaustor mit Lagerbock, Fest- und Losscheibe, Flügel 600 ∅, Druck- und Saugeleitung 250 ∅.
1 Rundschere, 1 mm schneidend, 300 ∅.
1 Hauswäscherolle mit Tischplatte (neu),
1 Richtplatte, 500 × 500 × 60 mm,
diverse Fräser preiswert zu verkaufen.
Suche einen **gebr. Shaping,** 250—300 Hub.
Theo Gabrisch, Eisen- u. Masch.-Handl., **Bln.-Weißensee,** Bernkastler Str. 95. Tel. Weißensee 253.

Exporteure — Lagerware.
200 Milch-Zentrifugen, 40 Ltr., Teller-System, Ia Fabrikat, auch in kleinen Posten verkauft
A. Seidel, Berlin NW. 21, Schließfach 19

Schuhmaschinen.

1 Momentbrückenstanze, 1 Fleckstanze, 1 Durchnähmaschine 1 Schnittfräse, 2 Ränderiermaschinen, 1 Schnittpoliermaschine, 1 Sohlenglase, 1 Absatzaufdrückmaschine, 1 Stiftmaschine, 2 Absatzglasen, 1 Entstaubungsanlage, 2 komplette Transmissionen, 1 Lederschneidemaschine, 1 Sohlenrißmaschine, 1 A. E. G.-Motor, 6 PS, 1 Bergmann-Motor, 3 PS, wenig gebraucht, sehr preiswert verkäuflich.

Schuhfabrik Union,
Friedenstr. 3. Tel.: Kgst. 696.

100 Taf. Eisenbl., 80 × 160 cm, dopp. dekap., 0,5 mm, blank, ab Lager Berlin abzugeben. Off. **J. M. 21201** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Feuerverzinkte Bleche,
56 Tafeln × 3 mm, ferner verbl. Bleche vk. **Römer & Co.,** Elisabethufer 5/6.

5000 Kilo **Ia Knochenleim** preisw. abzugeb. Anfr. unt. F. C. 4223 an d. Exp. d. Berl. Tagebl. Horcher verbet.

50 Strickmasch. bis 70 Br., 4 Knopflochmaschinen verk. **Rutz,** Poststr. 12.

Für Export.
Mehrere Hundert **Handbeile u. Aexte** preiswert ab Lager abzugeben.
Th. Kassina, Karlshorst, Junker-Jörgstr. 30.

Prismen-
Feldstecher und Theatergläser, erstkl. Fabrikat, größeren Posten (auch geteilt) äußerst billig abzugeben. Günstige Gelegenheit für Exporteure und Grossisten. Anfragen unter **J. U. 2098** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Strickwesten,
50 Stück, billig abzugeben. Off. u. **S. T. 221** an **Rudolf Mosse,** Fennstraße 1.

Ca. 1400
Kreuzhacken
sofort greifbar, billig abzugeben. An der Grenze lagernd, daher für Export nach Polen, Rußland usw sehr geeignet.
Näheres durch **Leopold Kristeller,** Fraustadt. Telef. 166.

Fahrräder,
je 50 Herren- und Damenräd., Marken kompl., Lagerware. **Walter Zoll G. m. b. H., Berlin N. 24,** Gr. Hamburgerstr. 18/19

Preiswert ab Lager: 500 Gross Schrauben-schluss, 325 mm, 400 emaill. Becher 7 cm, 70 Dtzd. Brotmess., 8 cm. „**Warag**", **Berlin** Friedrichstr. 47.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Bleche,
Bandeisen, Drähten etc. kft. llo, **W. Bonow,** Mh. 9847.

Suche Posten
Kunstseide.
Jumperhaus Minoro, Alte Jakobstr. 92.

50 Tonnen Feinbleche,

2 × 1 m, 0,5 mm stark, 30% unter Werkspreis gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht.
Angebote unter **K. C. 7320** an **Rudolf Mosse, Köln.**

EXPORT.
Interessenten m. versch. Textilwaren (Chem., Strumpf-, Lein.-, Baumwoll- u. Wirkwaren, Trikot., Konfektionen), techn. Art., Spielw., Neuheit. nach Skandin., Balticum u. Mexico, gesucht. Konsign. Läger geg. Sicherh., auch Kauf für eig. feste Rechn. (Fant.-Preise ausgeschl.) Angeb. erwünscht.
Eig. Filialen in Kopenhagen u. Riga. Beste Verbindung mit Mexico.
Nordost-Gesellsch. f. Import u. Export m. b. H. Berlin W. 50, Ansbacher Str. 23.

Kaufen bei günstiger Offerte:
600 qm Fabrikglas
180 „ Rohglas
120 „ Drahtglas
950 kg 2½" Nägel
200 „ 3 "
375 „ 8 "
ca. 100 000 Mauersteine, Ziegel od. Kalksandstein, ca. 100 cbm Cement frei Bahnhof Halensee od. Baustelle lieferbar.
Schwechten, Frankfurter Allee 32.

Kaufen sofort
Moniereisen, 5, 6, 7, 8 und 9 mm.
Angebote an
Eisenleonhard G. m. b. H., Dresden-N. 6. Fernruf 17376.

Säcke
aller Art, neue u. gebrauchte, in großen Mengen zu kaufen gesucht. Angeb. erb. an **Gebr. Abisch,** Sackgroßhandlung, **Berlin N. 37** Chorinerstr. 84. Tel. Nord. 10964/65.*

Offerte in dekorat. Flaschen
für Wein und weiße Fayence oder Porzellanflaschen, ½ Liter, erbeten an **Juan Manus,** Ny Toldbodgade 5, **Kopenhagen** (Dänemark).

Herrenwäschefabrik.
Welche lief. 6 Woch. Ziel aufblühend. Spezialmaßatelier. **Schubert,** Wilmersdorferstr. 151.

Alteisen
sowie allen anderen Schrott kaufen waggonweise zu Höchstpreisen
E. Wedler & Co., Berlin SW. 68, Alexandrinenstraße 134.
Tel.-Adr. Wedlerschrott. Tel. Mpl. 5470, 2979. Für Nachweis zahlen wir hohe Provision.*

Perkalstoffe,
große Posten, kauft
Friedländer & Rappoport, Neue Schönhauserstr. 16.

Zu kaufen gesucht:
Gleichschenkliges Winkeleisen, Ungleichschenklig. Winkeleisen, U-Eisen von N. P. 8 bis 30, **I-Träger** N. P. 14, 16, 18, 20, 26, 28, 32, 34, 40, 42½.
Offerten unter Angabe des äußersten Preises sind zu richten an
Ostseewerft, A.G.
Frauendorf b. Stettin.

1 gebrauchte **Normal-Einsweiche,** **Form 6, zu kaufen gesucht.** Angeb. mit Preis an die „**Bederkesaer Nachrichten**", **Bederkesa** (Bez. Bremen) unter **M. T. 85** erbeten.

Offerten Leder gesucht.
Ausländische Firma, deren Vertreter nächste Woche Berlin besucht, wünscht von lieferungsfähigen Fabriken und Engrossisten Angebote in Boxkalb-, Rindbox- und Chevreauximitation. Offerten mit äußerster Preisanstellung in Dollars, Sterling oder skandinavischen Kronen unter Marke „**Leder**" an diese Zeitung zu richten.

Maschinenschrauben u. Drahtstifte in größeren Posten zu kaufen gesucht. Angebote sind zu richten an **Ludwig Schlesinger, Industriebedarfsartikel u. Eisengroßhandl., Beuthen** (O.-Schl.), **Gartenstr. 16.**

Greifbare Ware gesucht

ausfuhrfrei nach Rußland:
landwirtschaftl. Maschinen, elektrotechnische Artikel, Molkereigeräte, Treibriemen, chemisch-pharmazeut. Produkte, Erzeugnisse der Maschinen- u. Metallindustrie u. dergl.
Off. u. **Ta. C. 8247** an **Rudolf Mosse, Berlin,** Tauentzienstraße 2.

Stoffhandschuhe - gesucht.
Größtes Im-porthaus Nor-wegen such-Offerte in
Duplexware und Tricot
gef.
Erling Hammer, Kristiania.

Weiterlutten Norwegen.
Verbindung mit Fa-brikant v. Tuchwetter-lutten gesucht. Ange-bot auf 5000 Me-10" zu richten an
Fr. Nuus Falck Dronningensgt. 15. Trondhjem. Norw.

Drahtstifte,
1—4 Zoll, auch in gro-ßen Posten kauft und erbittet Eilangebote
V. Roese, Mettmann, Rhld.

Die **Chemische Fabrik** vorm. A. Leonhardt Act.-Ges., Moskau Postfach 872, hat Bedarf in Roh-material, Maschinen u. Rezepten zur Fabri-kation v. Reißtusche, Studien-Wasser und Oelfarben, Klebstoffe u. Bändern f. Schreib-maschinen. Tüchtiger Meister in dies. Bran-che wird gesucht.